

III. Teil:

Zwischen Koexistenz und Konfrontation (1928–1933)

10. Das Kabinett Hermann Müller II und die Krise der deutsch-sowjetischen Beziehungen

Als Ende März 1930 das Kabinett des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller nach 19 Monaten Amtszeit demissionierte, rief ihm die sowjetische Presse keine sehr freundlichen Abschiedsworte nach. Diese Regierung habe alles nur Mögliche zur Verschärfung der deutsch-sowjetischen Beziehungen getan, erklärte die Regierungszeitung *Izvestija*, und das Parteiorgan *Pravda* stellte fest, das Kabinett Hermann Müller sei das gegenüber der Sowjetunion feindlichste seit dem Vertrag von Rapallo gewesen¹. Angesichts der eindeutigen Parteinahme der SPD für eine Westorientierung der deutschen Außenpolitik, angesichts der Enthüllungen über die Kooperation von Reichswehr und Roter Armee und der beständigen äußerst kritischen Berichterstattung der sozialdemokratischen Presse über die Verhältnisse in der Sowjetunion erstaunt es wenig, daß, wie sich der deutsche Diplomat Gustav Hilger erinnert, „der Kreml der Bildung einer sozialdemokratischen Regierung in Deutschland mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenarbeitete und daß Tschitscherin und Litwinow sogar in Gesprächen mit Mitgliedern der Deutschen Botschaft in dieser Hinsicht kein Blatt vor den Mund nahmen“².

Das gegenseitige Mißtrauen, das zwischen der SPD und der Sowjetunion herrschte, war mit dem Regierungsantritt Hermann Müllers gewiß auch ein belastender Faktor für die deutsch-sowjetischen Beziehungen geworden. Ausschlaggebend für den Tiefstand, den sie in Hermann Müllers Amtszeit erreichten, war es aber nicht. Entscheidend waren grundlegendere Konstellationen.

Nachdem Großbritannien seine Beziehungen zur Sowjetunion abgebrochen hatte, befand sich diese bis zu einem gewissen Grad in derselben Lage wie vor 1924, wenn auch außer Kanada andere Staaten dem britischen Schritt nicht folgten. Doch Deutschland, der Rapallo-Partner von damals, hatte inzwischen wichtige Fortschritte bei der Verständigung mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges gemacht, deren voller Ertrag noch keineswegs eingebracht war. Noch war das Reparationsproblem nicht endgültig geregelt und das Rheinland nicht vollständig von den Entente-Truppen geräumt. Mit dem Regierungswechsel ging kein außenpolitischer Kontinuitätsbruch einher – nach wie vor hieß der Außenminister Stresemann –, doch mußte in der gegebenen Konstellation gerade diese Kontinuität sowjetischen Interessen zuwiderlaufen. Stresemann hatte es verstanden, seine Westpolitik gegenüber der Sowjetunion mit dem Han-

¹ Karlheinz Niclauss: Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch sowjetischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935. Bonn 1966, S. 41.

² Hilger, *Wir und der Kreml*, S. 120; vgl. auch Niclauss, *Machtergreifung*, S. 39.

delsabkommen von 1925 und dem Berliner Vertrag vom folgenden Jahr abzufedern. Bereits im Januar 1927 stellte jedoch Generalkonsul Moritz Schlesinger in einer Bilanz der deutsch-sowjetischen Beziehungen fest, daß sich diese auf einen toten Punkt zubewegten. Die ersten Abkommen mit der Sowjetunion seien als Mittel gemeinsamer Abwehr gegen den Westen zustande gekommen. Nach Locarno habe dieses Motiv für Deutschland seine Bedeutung verloren. Der deutsche Versuch, im Verhältnis zur Sowjetunion nunmehr „konstruktive Zwecke“ zu verfolgen, sei aber erfolglos geblieben. Schlesinger machte dafür die inneren Verhältnisse der UdSSR verantwortlich. Insbesondere verhindere die mangelnde Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft eine Ausweitung der ökonomischen Kooperation mit Deutschland³.

Blieben die geheimen militärischen Beziehungen. Indem er bereits am ersten Tag seiner Kanzlerschaft der Entsendung von Flugschülern zur Ausbildung nach Lipezk zustimmte, zeigte Hermann Müller, daß die SPD trotz allen Unbehagens nicht entschlossen und auch nicht in der Lage war, diese Beziehungen abzubrechen⁴. Die Kontinuität der Militärbeziehungen mag beruhigend auf Moskau gewirkt haben, als Basis für ein gedeihliches deutsch-sowjetisches Verhältnis war sie zu schmal. Schwerer wogen da die Rückwirkungen der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche in der Sowjetunion auf das Verhältnis zur Weimarer Republik, insbesondere der aus diesen Umbrüchen resultierende verschärfte Kurs der Komintern, der sich an erster Stelle gegen die deutsche Sozialdemokratie richtete. Die Bühne der deutsch-sowjetischen Beziehungen war in einem zu morschen Zustand, als daß sie die heftigen Auftritte von SPD und KPD unbeschadet hätte überstehen können.

Belasteter Auftakt

Die Schwierigkeiten in den deutsch-sowjetischen Beziehungen begannen nicht erst mit dem sozialdemokratischen Wahlsieg. Ende 1927 hatte die Verleihung eines hohen sowjetischen Ordens an Max Hölz, den Leiter der Roten Garden im mitteldeutschen Aufstand von 1921, eine Verstimmung hervorgerufen. Immerhin saß Hölz, wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, in einem deutschen Zuchthaus⁵. Die wirtschaftlichen Beziehungen hatten sich seit Schlesingers Bestandsaufnahme, die den sowjetischen Anteil am deutschen Exportvolumen trotz eines 300-Millionen-Mark Kredits mit Reichsgarantie auf gerade drei Prozent veranschlagt hatte, nicht verbessert. Durch neuerliche deutsch-sowjetische Wirtschaftsverhandlungen hoffte man, eine Belebung herbeiführen zu können⁶. Bei einer Begegnung zwischen Spitzenbeamten des Auswärtigen Amtes und führenden SPD-Politikern, die das SPD-Mitglied Schlesinger im Februar 1928 arrangiert hatte, herrschte Konsens über die Fortsetzung bestmöglicher Beziehungen zur Sowjetunion. Die sozialdemokratischen Politiker betonten allerdings auch die Notwendigkeit, sowjetische Einmischungen in innere Angelegenheiten

³ Das sog. „Schlesinger-Memorandum“ in: ADAP, Serie B, Band 4: 1. Januar bis 16. März 1927. Göttingen 1970, Nr. 34, S. 71 ff.

⁴ ADAP, Serie B, Bd. 9: 1. Mai bis 30. August 1928. Göttingen 1976, Nr. 105, S. 248 f.

⁵ Dyck, Weimar Germany, S. 117 f. Hölz wurde 1928 aus der Haft entlassen; Winkler, Normalität, S. 699.

⁶ „Schlesinger-Memorandum“, S. 78; Dyck, Weimar Germany, S. 121–123.

Deutschlands entschieden abzuwehren⁷. Die kritischen Berichte des *Vorwärts* und anderer sozialdemokratischer Zeitungen über die sowjetische Wirtschaftslage und insbesondere den als Neuaufgabe des Kriegskommunismus aufgefaßten schärferen Kurs, den Stalin nach dem Sieg über die kommunistische Linksoption den Bauern gegenüber einschlug, waren allerdings keine sehr harmonische Begleitmusik zu den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen⁸.

Als die Verhandlungen gerade drei Wochen liefen, wurden am 7. März 1928 im Donezbecken fünf deutsche Techniker der Firmen AEG und Knapp unter dem Vorwurf verhaftet, in eine gegenrevolutionäre Verschwörung verwickelt zu sein. „Ein Monarchisten-Komplot in Rußland“ überschrieb die *Leipziger Volkszeitung* ihre erste Meldung über das Vorkommnis, während der *Vorwärts* distanzierter von einer „Hochflut von Spionageaffären“ sprach⁹.

Das Zentralorgan der SPD stand dem sowjetischen Vorgehen mit äußerstem Mißtrauen gegenüber. Die Anklage klinge phantastisch. Wenn die Sowjetregierung behauptete, die den verhafteten Deutschen und Russen vorgeworfene Sabotagetätigkeit sei unentdeckt möglich gewesen, erkläre sie damit, daß die russischen Techniker und Arbeiter entweder mit den Verschwörern im Bunde seien oder „vollendete Trottel sind“. Die Vorwürfe seien nicht stichhaltig, vielmehr gehe es darum, „Sündenböcke für das totale Versagen des russischen Industriepanes“ zu finden¹⁰. Diesen Tenor behielt das Blatt in seiner gesamten Berichterstattung über die sogenannte „Šachty-Affäre“ bei. Verstärkt brachte es, offenkundig in dem Bemühen, die sowjetischen Vorwürfe zu entkräften, Berichte über wirtschaftliche Mißstände in der Sowjetunion, die durch Bürokratie und Schlamperei bedingt waren¹¹. Im selben Sinne argumentierte fast die gesamte deutsche Presse. Der *Vorwärts* aber stand, wie die *Pravda* vermerkte, der der Historiker Harvey Leonhard Dyck in diesem Punkt beipflichtet, eindeutig an der Spitze, was Ausmaß und Schärfe der Kritik an der UdSSR betraf¹².

⁷ Helbig, Träger der Rapallo-Politik, S. 199. Die SPD war durch Breitscheid, Hilferding, Löbe, Müller und Wels vertreten, vom AA nahmen u. a. Staatssekretär von Schubert und der wenig später zum Nachfolger Brockdorff-Rantzau ernannte Ministerialdirektor von Dirksen teil.

⁸ „Sinkende Ausfuhr nach Rußland“, *Vorwärts* Nr. 63 vom 7. 2.; „Die brüchige Smjtschka. Diktatur und Bauern in Rußland“, *Vorwärts* Nr. 73 vom 12. 2.; „Rußland in Not. Schwere Lebensmittelknappheit“, *Vorwärts* Nr. 85 vom 19. 2.; „Stimmungsbild aus Rußland. Es wird gehamstert“, *Vorwärts* Nr. 89 vom 22. 2.; „Konsumvereine in Sowjetrußland“, *Vorwärts* Nr. 107 vom 3. 3.; „Linkskurs gegen Sowjetbauern“ [gez. A. J.], *Vorwärts* Nr. 117 vom 9. 3., 2. Beilage; „Die Verhandlungen mit Rußland“, *Vorwärts* Nr. 127 vom 15. 3. 1928; „Die Krise in Rußland“, *LVZ* Nr. 14 vom 17. 1. 1928, 1. Beilage; A. Jugow: Die Industrialisierung Rußlands und die Sowjetpolitik, in: *RSD* Nr. 8 vom 22. 2. 1928.

⁹ *LVZ*, Nr. 61 vom 12. 3. 1928; *Vorwärts* Nr. 122 vom 12. 3. 1928. Ausführlich zum sogenannten „Šachty-Prozeß“: Wilhelm Ziehr: Die Entwicklung des „Schauprozesses“ in der Sowjetunion. (Ein Beitrag zur sowjetischen Innenpolitik 1928–1938). (Diss.) Tübingen 1970, S. 73–133.

¹⁰ „Rußland schweigt“, *Vorwärts* Nr. 125 vom 14. 3. 1928.

¹¹ „Sowjetrussischer Wirtschaftsaufbau. Vernichtende Selbstkritik. Hintergründe zur Verhaftung der Ingenieure“, *Vorwärts* Nr. 127 vom 15. 3.; „Sabotage oder Verwaltungsfehler“, *Vorwärts* Nr. 158 vom 3. 4.; „Das Wunder von Taschkent“, *Vorwärts* Nr. 162 vom 4. 4.; „Ein Vorspiel zum Donez-Prozeß“, *Vorwärts* Nr. 167 vom 7. 4.; „Paläste der Kultur“, *Vorwärts* Nr. 168 vom 8. 4.; „Sabotage! Sabotage! Aus dem Alltag der Sowjetwirtschaft“, *Vorwärts* Nr. 175 vom 13. 4. 1928; „Stimmungsmache vor dem Prozeß“, ebenda.

¹² Müller, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 259; Dyck, Weimar Germany, S. 141.

Empört über die Verhaftungen, erreichten die deutschen Wirtschaftsverbände am 15. März die Aussetzung der Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion¹³. Der *Vorwärts* billigte diesen Schritt „rückhaltlos“ und bezeichnete das sowjetische Vorgehen als „katastrophale Dummheit“, versäumte aber nicht hinzuzufügen: „Wir haben stets den Ausbau der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen unterstützt, wenn wir auch über die Erfolgsmöglichkeiten skeptischer urteilen als manche Kapitalistenkreise.“¹⁴

Das SPD-Zentralorgan, das schon bei den vorausgegangenen deutsch-sowjetischen Konflikten für eine harte Gangart plädiert hatte, konnte sich bestätigt fühlen, als unmittelbar darauf zwei deutsche Ingenieure freigelassen wurden. Es argwöhnte jedoch, der Kreml wolle nur abwiegeln und ermahnte die deutsche Regierung zu einer standhaften Haltung. Man erwarte daher von den zuständigen Stellen, daß sie in ihren Bemühungen um die Freilassung der übrigen „Opfer der neuen Moskauer Psychosen“ nicht nachließen. Zweifellos sei das schnelle Einlenken Moskaus auf das energische Auftreten der Reichsregierung zurückzuführen¹⁵.

Die *Leipziger Volkszeitung*, eines der wichtigsten Sprachrohre des linken Flügels der SPD, stand dem harten Kurs des *Vorwärts* mit unverhohlener Ablehnung gegenüber. Die ständig lauende Gefahr konterrevolutionärer Verschwörungen gegen die Sowjetunion, die trotz aller Kritik als ein „Aktivposten des Weltproletariats“ betrachtet wurde, war ein fester Bestandteil des politischen Weltbildes der linken Sozialdemokraten. Deshalb mochten sie nicht so schnell wie der *Vorwärts* an die Haltlosigkeit der Vorwürfe gegen die Inhaftierten glauben. Und deshalb hieß ihre geradezu reflexartige Reaktion in allen Konflikten, in die die Sowjetunion verwickelt war, zunächst stets „Hände weg von Sowjetrußland!“. Wenn die LVZ auch die amtliche Meldung von der Aussetzung der Wirtschaftsverhandlungen erst einmal kommentarlos abdruckte, so war doch für ihre Leser die Überschrift „Stresemann aktiv gegen Rußland“ wohl schon alarmierend genug¹⁶. Drei Tage später erklärte das Leipziger Parteiblatt, die Aufregung um die Verhaftung einiger Ingenieure sei Meinungsmache, die von einem gleichzeitig aufgedeckten Korruptionsskandal im Reichswehrministerium ablenken solle. Die Behauptungen offiziöser deutscher Stellen und der gesamten bürgerlichen Presse, daß die Verhaftungen ohne Grund erfolgt und die deutschen Angeklagten unschuldig seien, seien erhoben worden, noch ehe das Ergebnis einer Untersuchung habe vorliegen können. Die LVZ meldete Zweifel an dieser Auffassung an und verwies zur Bekräftigung auf eine eben erst aufgedeckte konterrevolutionäre Verschwörung im Nordkaukasus. Sie verurteilte daher den Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen und ließ zugleich den *Vorwärts* – ohne ihn oder andere SPD-Zeitungen mit ähnlicher Tendenz beim Namen zu nennen – wissen, daß er sich nach ihrer Auffassung in falsche Gesellschaft begeben hatte: „Die Arbeiterklasse und ihre Presse hat keine Veranlassung, sich in die Front der kapitalistischen Gegner Sowjetrußlands einzureihen. Auch in diesem Falle nicht. Ihre

¹³ AdR. Kab. Marx III und IV, Nr. 447 (Kabinettsitzung vom 15. 3. 1928), S. 1366f.; Kurt Rosenbaum: The German Involvement in the Shakhty-Trial, in: Russian Review 21 (1962), S. 238–260 und S. 238–241.

¹⁴ „Antwort an Moskau“, *Vorwärts* Nr. 129 vom 16. 3. 1928.

¹⁵ „Wiegelt Moskau ab?“, *Vorwärts* Nr. 133 vom 18. 3. 1928.

¹⁶ „Stresemann aktiv gegen Rußland“, LVZ Nr. 65 vom 12. 3. 1928.

Aufgabe ist es, Sowjetrußland in seinem Kampfe gegen seine übermächtigen kapitalistischen Gegner beizustehen.“¹⁷

Dagegen war für Paul Levi war die Šachty-Affäre Anlaß zu einer scharfen Abrechnung mit der Sowjetunion. Ausgehend von dem Bestechungsvorwurf gegen einen der deutschen Angeklagten – dem einzigen Punkt der Anklage übrigens, der wahrscheinlich einen realen, wenn auch viel harmloseren Gehalt hatte als dort dargestellt¹⁸ – erklärte Levi, die Korruption sei in der Sowjetunion nicht ausgerottet, sondern wuchere. Wenn die Sozialisten auf nichts Besseres hinzuweisen hätten als auf die Verhältnisse in Rußland, könnten sie ehrlicherwise den „Golgothaweg der Revolution“ nicht mehr propagieren. „So ist die Auseinandersetzung mit diesem Rußland nicht nur ein Akt politischer, sondern moralischer Notwendigkeit.“¹⁹

Inzwischen versuchten die *Izvestija* und auch das Staatsoberhaupt Kalinin persönlich, den außenpolitischen und ökonomischen Schaden zu begrenzen, den das Šachty-Manöver zu verursachen drohte. Sie erklärten, es gehe bei dem Prozeß, der am 18. Mai begonnen hatte, keinesfalls um die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Angeklagt seien auch nicht die deutschen Firmen, sondern nur einzelne Personen, was allerdings im Widerspruch zu den ursprünglichen Vorwürfen stand. Für die LVZ war das eine „Verbeugung vor der Bourgeoisie“²⁰. Der *Vorwärts* nahm die Signale positiver auf, erklärte aber, ein rechtsstaatliches Verfahren für die Angeklagten sei eine Voraussetzung für die beschworene deutsch-russische Freundschaft²¹.

Dieser Hinweis verhalte jedoch wirkungslos. Den mit dem Šachty-Prozeß verfolgten Zwecken hätte es nicht entsprochen, ihm nachzukommen, handelte es sich doch um den bisher größten Schauprozeß. Dazu gehörten aufwendige propagandistische Begleitmusik, die Verlegung der Verhandlung ins Haus der Gewerkschaften, wo Platz für 1500 Zuschauer und Logen für das diplomatische Korps vorhanden waren, sowie die Akkreditierung von 136 Journalisten²². (Ausgeschlossen war lediglich, wie der *Vorwärts* vermerkte, „die gesamte sozialistische Presse der Welt“²³.) Entlastungszeugen paßten dagegen nicht ins Bild. Dennoch kam es zu einigen für den Ankläger Krylenko und den Gerichtspräsidenten Vyšinski peinlichen Szenen²⁴. Nicht alle der russischen Angeklagten wollten in den Chor der Selbstbeichtigungen einstimmen, die offensichtlich zuvor einstudiert worden waren. Von den deutschen Angeklagten war nur einer, Badstieber, zu Geständnissen bereit. Ein anderer, Meier, entlarvte hingegen auch die Selbstbeschuldigungen eines russischen Mitangeklagten als haltlos²⁵.

¹⁷ „Front gegen Rußland? Der Vorwand der Verhaftungen“, LVZ Nr. 67 vom 19. 3. 1928.

¹⁸ Rosenbaum, German Involvement, S. 242.

¹⁹ Paul Levi: Das große Rätsel, in: SPW Nr. 19 vom 11. 5. 1928.

²⁰ „Sowjetrußlands Verbeugung vor der Bourgeoisie“, LVZ Nr. 128 vom 4. 6. 1928.

²¹ „Moskauer Zureden. Deutschrussische Freundschaft trotz Schachty-Prozeß“, *Vorwärts* Nr. 251 vom 30. 5. 1928.

²² Seibert, Das rote Rußland, S. 204. Seibert nennt den Prozeß „das größte Schauspiel, das ich in vier Rußland-Jahren erlebt habe“, ebenda, S. 203; seine ausführliche und eindrucksvolle Schilderung: ebenda, S. 201–215.

²³ „Beginn des Schachty-Prozesses“, *Vorwärts* Nr. 234 vom 19. 5. 1928.

²⁴ Vgl. dazu neben Seiberts Schilderung auch Conquest, *The Great Terror*, S. 547–551.

²⁵ Vgl. Theo Overhagen: Bei Badstieber im Gefängnis. in: *Die Einheit* Nr. 17 vom 15. 7. 1928; Seibert, Rußland, S. 205f. und S. 209f.

Der Prozeß endete nach über sechs Wochen Verhandlungsdauer mit Freisprüchen für Meier und seinen deutschen Mitangeklagten Otto, während Badstieber eine zur Bewährung ausgesetzte einjährige Gefängnisstrafe erhielt. Die sowjetischen Angeklagten, denen kein diplomatischer Druck zuhelfe gekommen war, trafen zumeist weit härtere Strafen. Elf von den fünfzig wurden sogar zum Tode durch Erschießen verurteilt²⁶.

Brockdorff-Rantzau und seine Mitarbeiter waren zufrieden, die Befreiung der deutschen Angeklagten ohne weitere Belastungen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses erreicht zu haben, und Außenminister Stresemann bat die deutsche Presse, das Urteil objektiv zu würdigen und damit den Weg zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion zu bahnen²⁷. Obwohl mittlerweile die SPD Reichskanzler stellte, fühlte sich ihr Zentralorgan in diesem Punkt der Regierung keineswegs verpflichtet. Der *Vorwärts* bezichtigte die sowjetische Justiz „unerhörter Grausamkeit“²⁸ und stellte nach der Urteilsverkündung nicht die Freisprüche beziehungsweise die Bewährungsstrafe der deutschen Angeklagten in den Mittelpunkt, sondern die Todesurteile, für die es keine wirkliche Begründung gebe. Die Todesurteile gegen einzelne Personen, schrieb das Blatt, „sollen eine angebliche Schuld rächen, die in Wirklichkeit den Namen führt: Unfähigkeit des bolschewistischen Wirtschaftssystems“²⁹.

Während auch Paul Levi von einer „Cliquenwirtschaft“ sprach, die den Massen Sündenböcke liefern wolle – ein Vorgang, der seiner Meinung nach zu Lenins Zeiten unmöglich gewesen wäre³⁰ –, zeigte sich die *Leipziger Volkszeitung* nach wie vor eher zurückhaltend. Die LVZ stellte fest, der Prozeß sei auch eine Anklage gegen die Herrschaft der bolschewistischen Partei und das von ihr zu verantwortende Durcheinander der Wirtschaftsorganisation gewesen. Denn, so fragte das linke SPD-Blatt, wie hätte sonst, falls es sie wirklich gab, die langjährige Sabotage unentdeckt bleiben können. Anders als der *Vorwärts*, für den dieses Argument von Anfang die Haltlosigkeit der Anklage aufgezeigt hatte, hatte die LVZ daran aber nach wie vor Zweifel. In dem Prozeß habe Aussage gegen Aussage gestanden. „Widerlich“ fand die LVZ, wie die Sowjetregierung die deutschen Firmen aus geschäftlichen Rücksichten von jedem Verdacht freigesprochen hatte. Die moralische Aufregung der bürgerlichen Presse sei unaufrichtig, da sie ähnliche Vorgänge im faschistischen Italien nicht gleichermaßen anprangere³¹.

Anders als die deutsche Diplomatie gab sich eine Reihe von deutschen Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit dem glimpflichen Ausgang des Prozesses für die deutschen Angeklagten nicht zufrieden. Am 8. Juli veröffentlichte der *Vorwärts* unter der Überschrift „Ihr sollt nicht töten“ einen Appell an die Sowjetregierung, die Todesurteile aufzuheben. Unterzeichnet hatten neben anderen der sozialdemokratische Reichspräsident Paul Löbe, der ehemalige Reichskanzler Josef Wirth, Paul Levi und der Chefredakteur der *Vossischen Zeitung* und DDP-Reichstagsabgeordnete Georg

²⁶ Rosenbaum, *German Involvement*, S. 256.

²⁷ Ebenda, S. 257f.

²⁸ „21 Todesurteile beantragt!“, *Vorwärts* Nr. 305 vom 30. 6. 1928; „Schachty-Urteil erst in der Nacht“, *Vorwärts* Nr. 315 vom 6. 7. 1928.

²⁹ „Elf Todesurteile in Moskau!“, *Vorwärts* Nr. 316 vom 6. 7. und „Elf Todesurteile – keine Gründe!“, *Vorwärts* Nr. 317 vom 7. 7. 1928.

³⁰ Paul Levi: Das Ende eines Schwindels. in: SPW Nr. 27 vom 6. 7. 1928.

³¹ „Elf Todesurteile in Moskau“, LVZ Nr. 156 vom 6. 7. 1928.

Bernhard³². Doch der Ruf dieses bemerkenswerten Bündnisses, dem mit Paul Levi immerhin ein Kampfgefährte Liebnechts und Luxemburgs und ehemaliger KPD-Vorsitzender angehörte und, was gewiß schwerer wog, mit Joseph Wirth auch der Reichskanzler, zu dessen Amtszeit und unter dessen Mitwirkung der Rapallo-Vertrag zustande gekommen war, war vergeblich. Zwar wurden sechs der zum Tode Verurteilten zu Freiheitsstrafen begnadigt, die anderen fünf jedoch wurden am Nachmittag des 10. Juli erschossen. Der *Vorwärts* verurteilte nicht nur die Hinrichtungen, sondern auch die KPD und ihre Zeitung *Rote Fahne*, die die sowjetische Propaganda in Deutschland reproduziert hatte, in scharfen Worten: „[...] aus ihrem blutrünstigen Gekreische wird nur das schlechte Gewissen von Menschen sprechen, die in geistiger und finanzieller Hörigkeit einer fremden Regierung Dinge verherrlichen müssen, die bei jedem europäischen Arbeiter nur das Gefühl des Ekels erzeugen!“³³

Angesichts der vorbehaltlosen Identifikation der KPD mit der Sowjetunion lag es nahe, die Kritik an den sowjetischen Zuständen zugleich gegen ihre deutschen Apologeten zu wenden. Der *Vorwärts* hatte dies bereits im vorausgegangenen Wahlkampf praktiziert. In einer Artikelserie mit sechs Folgen zog der Ökonom Wladimir Woytinski, ein emigrierter Menschewik, der im selben Jahr zum Leiter der statistischen Abteilung des ADGB berufen wurde, eine kritische Bilanz der sowjetischen Entwicklung. Er schilderte mit einer Fülle von Zahlenangaben die schwierige ökonomische Situation, die schlechten Arbeitsbedingungen und die Unzulänglichkeiten im Bildungswesen. Er würdigte jedoch durchaus soziale Errungenschaften wie die Bestimmungen über den Jahresurlaub und die Arbeit von Schwangeren, Regelungen, die in der Sowjetunion besser seien als anderswo. Zugleich aber wies er auf die im Vergleich zu Deutschland stärkere Lohndifferenzierung und die besonders schlechte Bezahlung von Landarbeitern und Volksschullehrern hin. Wenn den Organisationen der Arbeiterschaft in Deutschland auch noch viel zu tun bleibe, so hätten sie sich doch bessere Bedingungen erkämpft, als in der Sowjetunion herrschten, lautete sein Fazit³⁴.

*Die Sowjetunion zwischen „rotem Militarismus“
und „sozialdemokratischer Außenpolitik“*

Gewinner der Wahl vom 20. Mai 1928 waren SPD und KPD. Die SPD konnte sich gegenüber den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 um 3,8 Prozentpunkte auf 29,8 Prozent der Wählerstimmen steigern. Sie hatte fast 1 300 000 Stimmen dazugewonnen. Der Stimmenzuwachs, den die KPD erzielen konnte, war relativ gesehen sogar noch größer. Sie kam von 9,0 auf 10,6 Prozent der Wählerstimmen, in absoluten Zahlen

³² „Ihr sollt nicht töten. Ein Mahnruf an die Machthaber Sowjetrußlands“, *Vorwärts* Nr. 319 vom 8. 7. 1928.

³³ „Bereits vollstreckt!“, *Vorwärts* Nr. 323 vom 11. 7. 1928.

³⁴ Wladimir Woytinski: Sozialismus-Bolschewismus. Die Entwicklung der Industrie und das russische Experiment, in: *Vorwärts* Nr. 163 vom 6. 4.; ders.: Die russische Agrarrevolution, in: *Vorwärts* Nr. 171 vom 11. 4.; ders.: Elektrizität und Sowjetmacht, in: *Vorwärts* Nr. 199 vom 27. 4.; ders.: „Russisches ‚Wirtschaftswunder‘. Oder der verschwundene Mehrwert“, in: *Vorwärts* Nr. 215 vom 8. 5.; ders.: Das Licht aus dem Osten, in: *Vorwärts* Nr. 229 vom 16. 5.; ders.: Arbeitslohn/Arbeitslosigkeit. In Sowjetrußland und anderwärts, in: *Vorwärts* Nr. 207 vom 3. 5. 1928.

war das ein Zuwachs um mehr als eine halbe Million Wählerstimmen. Verloren hatten dagegen alle Parteien des vormaligen Bürgerblocks, insbesondere die DNVP³⁵. Die scharfe Opposition gegen den Bürgerblock in den letzten anderthalb Jahren hatte sich für die SPD in einer hohen Mobilisierung ihrer Wählerschaft ausgezahlt. Gegen den Widerstand der Parteilinken kam es zur Bildung einer großen Koalition. Die SPD sah sich einerseits in dieser Konstellation dem Zwang zu unpopulären Kompromissen und andererseits einer gestärkten KPD gegenüber. Das erforderte verstärkte Integrationsleistungen zur Bindung der Anhängerschaft an die Partei.

In außenpolitischer Hinsicht bedeutete die Bildung der Regierung Hermann Müller eine verstärkte Westorientierung, da mit der DNVP die – abgesehen von der KPD – am stärksten antiwestliche Partei aus der Regierung ausgeschieden war. Obwohl das aus der Sicht der Sowjetunion eher bedenklich war, kamen von dort zunächst vorsichtig positive Signale. In einem Leitartikel der *Izvestija* vom 17. Juni wurden die Kontinuität und der mögliche Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen unter der neuen Regierung betont. Der unbefriedigende Stand bei der Räumung der besetzten Gebiete sei für die SPD kaum ein günstiges Zeichen für eine außenpolitische Westorientierung, und die Regierung Müller übernehme von ihren Vorgängerinnen neben der westlichen auch die östliche Orientierung. Die neue Etappe müsse eine der weiteren Stärkung und Vertiefung der deutsch-sowjetischen Beziehungen sein. Die bestehenden Verträge seien dazu notwendig, aber ungenügend.

Die Antwort der SPD kam umgehend im *Vorwärts* und war in einem verbindlichen Ton gehalten, wie er in diesem Blatt im Zusammenhang mit der Sowjetunion äußerst selten angeschlagen wurde. Man freue sich über die Bereitschaft, „die guten Beziehungen Rußlands zu einem sozialdemokratisch mitregierten Deutschland zu erhalten und noch weiter auszubauen“, hieß es am Ende des Artikels. Doch was dem vorausging, war ein eindeutiges Bekenntnis zum Primat der Westorientierung³⁸. Spekulationen, die SPD könne durch mangelnde Erfolge der bisherigen Westpolitik zu einer grundsätzlichen Umorientierung ihrer Außenpolitik veranlaßt werden, wurde eine deutliche Absage erteilt. Die *Izvestija* mußten wissen, daß die sogenannte „Westorientierung“ alten, schon in der Vorkriegszeit gültigen Prinzipien der SPD entspreche. Für sie sei es ein „unumstößlicher Grundsatz“, daß die Sicherung des europäischen Friedens ohne vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Westmächten nicht möglich sei. Der unbefriedigende Stand der Räumungsfrage ändere daher nichts an ihrer Außenpolitik:

„Im Rahmen dieser Politik ist der weitere Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen keineswegs unmöglich, sondern vielmehr möglich und wünschenswert. Wir würden es für falsch und äußerst bedenklich halten, wenn Berlin seine guten Beziehungen zu Moskau als Trumpf gegen Paris und London ausspielen wollte; wir können nicht der sehr wünschenswerten Freundschaft mit Rußland das für Europa lebensnotwendige gute Einvernehmen zwischen Deutschland und den Westmächten opfern. Dagegen scheint uns die Rolle eines Mittlers, der auf beiden Seiten Vertrau-

³⁵ Eine genaue Analyse der Wahl findet sich bei Winkler, Normalität, S. 521–527.

³⁶ Ebenda, S. 527; Wolowicz, Linksopposition, S. 531.

³⁷ Zur Haltung der SPD-Linken zur Bildung der großen Koalition siehe Wolowicz, Linksopposition, S. 531–545.

³⁸ „Bessere Beziehungen zu Rußland. Die ‚Izwestija‘ an die deutsche Sozialdemokratie“, *Vorwärts* Nr. 285 vom 19. 6. 1928. Darin werden auch die Aussagen des *Izvestija*-Artikels wiedergegeben.

en genießt und auf keiner Mißtrauen erweckt, der geographischen Lage Deutschlands und der geschichtlichen Entwicklung angemessen.“³⁹

Deutschland könne Rußland gute Dienste leisten, indem es den Alpdruck der Intervention von ihm nehme. Die russische Presse habe es allerdings bisher versäumt, ihre Leser über die Haltung der SPD in dieser Hinsicht aufzuklären. Verschiedene Auffassungen über den Sozialismus müßten kein Hindernis für ersprießliche deutsch-russische Beziehungen sein. Der *Izvestija*-Artikel biete ein Beispiel dafür, wie eine sachliche Auseinandersetzung aussehen könne, fuhr der *Vorwärts* fort, allerdings nicht ohne im gleichen Atemzug das Festhalten an sozialdemokratischen Essentials zu betonen: „Man muß aber in Moskau verstehen, daß die Methode der deutschen Kommunisten, Rußland als das Mutterland des Sozialismus zu preisen, die Sozialdemokratie zur Abwehr zwingt. Man muß weiter auch verstehen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein kann gegenüber der Art, wie die nichtbolschewistischen Sozialisten in Rußland behandelt werden.“⁴⁰

Trotz seines um Verständnis bemühten Tenors war der *Vorwärts*-Artikel letztlich nur eine Aufzählung von Hindernissen für die Fortentwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die einzige definitive positive Zusage an die Sowjetunion, die darin enthalten war, war die Erklärung, man werde sich allen Interventionsversuchen entgegenstellen, doch war dieses Problem gerade nach der Einschätzung der deutschen Sozialdemokraten überhaupt nicht aktuell. Auf die Erklärung der *Izvestija*, die bestehenden Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion seien nicht ausreichend für die weitere Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, ging der *Vorwärts* gar nicht ein. Dagegen ordnete er diese Beziehungen eindeutig denen zu den Westmächten unter, und führte die Politik, ja im Grunde die Existenz der KPD ebenso wie die Verfolgung oppositioneller Sozialisten in der UdSSR als Belastungen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses aus sozialdemokratischer Sicht an.

Der Primat der Westorientierung zeigte sich deutlich, als Hermann Müller Anfang Juli sein Regierungsprogramm vortrug. Darin wurde die Bedeutung der Locarno-Verträge und des Völkerbundes besonders gewürdigt. Als vorrangige Ziele der deutschen Außenpolitik nannte Hermann Müller die vorzeitige Räumung des Rheinlandes und des Saarlandes von Besatzungstruppen und die Lösung des Reparationsfrage. Die Beziehungen zur Sowjetunion kamen hingegen in seinem Programm überhaupt nicht vor⁴¹. „Wir sind eben durch die Verhältnisse gezwungen, in erster Linie eine Bereinigung unserer Beziehungen mit England und Frankreich anzustreben, und bei dem Versuch, dieses Ziel zu erreichen, können uns die anderen kaum unterstützen“, erklärte der SPD-Vorstand im Rückblick auf das Jahr 1928 den Umstand, daß man sich fast ausschließlich mit den Beziehungen zu den Westmächten befaßt habe und auch im Reichstag in keiner Sitzung die Beziehungen zum Osten ausführlicher behandelt worden seien⁴².

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Ebenda; zu der gegenseitigen Positionsbestimmung von *Izvestija* und *Vorwärts* siehe auch Dyck, Weimar Germany, S. 142f.

⁴¹ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Protokolle. Bd. 423, S. 38–47.

⁴² SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928. Berlin 1929, S. 28.

In einem eigentümlichen Kontrast zu den werbenden Tönen der *Izvestija* vom Juni standen die Beschlüsse des sechsten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, der vom 17. Juli bis 1. September 1928 in Moskau stattfand. Darin wurde die Ablösung der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ durch eine krisenhafte Epoche vorausgesagt, in der es unvermeidlich zu Kriegen und Revolutionen kommen müsse. Ungeachtet der Gegensätze, die sie untereinander hätten, bereiteten die kapitalistischen Staaten nach wie vor den Krieg gegen die Sowjetunion vor. Die Sozialdemokratie wurde in den Resolutionen des Kongresses scharf kritisiert. Die pazifistischen Illusionen, die sie verbreite, sollten die Proletarier von der Gefährdung der Sowjetunion ablenken. In der Praxis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie gebe es „Keime faschistischer Methoden“, wie sie auch die Bourgeoisie gegenüber der „revolutionären Arbeiterbewegung“ anwende⁴³.

Der *Vorwärts* störte sich vor allem an der Vorhersage neuer Kriege, die die proletarische Weltrevolution auslösen würden. „Die Geschichte soll von 1914 an noch einmal anfangen“, kommentierte er sarkastisch die Zukunftsperspektiven der Komintern⁴⁴. „Welcher Wahnsinn, die Hoffnungen der Arbeiterklasse auf neue Kriege zu setzen, statt alle Arbeiter der Welt zum unermüdlichen Kampfe gegen die Wiederkehr der blutigen Barbarei zu vereinigen“, stellte auch das Manifest des dritten SAI-Kongresses vom August 1928 fest⁴⁵. Dieses Manifest kritisierte auch die Sowjetunion in bisher nicht dagewesener Deutlichkeit:

„[...] elf Jahre nach der Revolution zeigt die Fortdauer wirtschaftlicher Krisen, daß die Diktatur einer terroristischen Minderheit die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes verhindert, während sie gleichzeitig den Arbeitern der Sowjetunion verwehrt, ihre Interessen zu verteidigen, und während sie unterdrückte Völker wider ihren Willen unter ihrer Herrschaft hält [...] Wir [...] sind nach wie vor entschlossen, die Sowjetrepublik gegen jede Feindseligkeit kapitalistischer Regierungen und gegen jeden konterrevolutionären Angriff zu verteidigen und von allen Staaten zu fordern, daß sie friedliche und normale Beziehungen zu ihr unterhalten. Aber gleich den Arbeitern der ganzen Welt rufen wir auch die Arbeiterklasse der Sowjetunion auf, sich mit uns zu vereinigen auf der Grundlage einer proletarischen Weltpolitik, die nicht begründet ist auf der Hoffnung eines neuen Krieges, sondern auf der Erkenntnis der Notwendigkeit, die Demokratie zu verteidigen, wo sie bedroht ist, sie wiederherzustellen, wo sie zerstört worden ist, und sie zu einem Instrument der Befreiung der Arbeiterklasse zu machen.“⁴⁶

Die verschärfte Konfrontation zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, die sich in den Beschlüssen von Komintern und SAI manifestierte, mußte sich natürlich insbesondere in Deutschland auswirken, wo beide Strömungen der sozialistischen Arbeiterbewegung Gewicht hatten. Die SPD bewegte zunächst jedoch vor allem ein ganz anderer Konflikt. Von ihrer Vorgängerin hatte die Regierung Müller den Plan zum Bau des Panzerkreuzers A geerbt. Die SPD war im Wahlkampf gegen dieses Projekt mit der

⁴³ Braunthal, Internationale, S. 357f. und S. 387; Winkler, Normalität, S. 661–665; Luks, Kommunistische Faschismustheorie, S. 134f.

⁴⁴ „Das Wunder aus dem Osten. Der neue Weltkrieg – die Hoffnung der Komintern“, *Vorwärts* Nr. 343 vom 22. 3. 1928.

⁴⁵ Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Brüssel, 5. bis 11. August 1928. 2 Bde. Berichte und Verhandlungen. Zürich 1928, Abt. IX, S. 6ff. [Kongreßprotokolle der SAI, Bd. 3, Nachdr. Glashütten 1974]; auch abgedruckt bei Braunthal, Internationale, S. 566–569.

⁴⁶ Ebenda.

Losung „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ angetreten. Doch zeigte es sich sehr bald, daß der Kanzler und die sozialdemokratischen Minister sich den koalitionspolitischen Zwängen nicht entziehen konnten. Am 10. August stimmte die Reichsregierung inklusive ihrer sozialdemokratischen Mitglieder dem Bau des Panzerkreuzers zu.

Die Folge war eine Woge der Empörung in der sozialdemokratischen Partei. Die Parteilinke sah sich in ihren Warnungen vor der großen Koalition bestätigt. Aber die Kritik an dem Beschluß reichte bis weit in die Parteirechte hinein⁴⁷. Die Auseinandersetzung um den Panzerkreuzerbau erschütterte die SPD und die Koalition fast ein Vierteljahr lang. Sie fand einen vorläufigen Schlußpunkt in der Abstimmung im Reichstag vom 16. November, bei der die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder unter Fraktionszwang gegen den Bau des Panzerkreuzers stimmten und damit, wie es Heinrich August Winkler ausdrückt, „eine Art Mißtrauensvotum gegen sich selbst“ aussprachen⁴⁸. Mit der SPD stimmte nur die KPD.

Das kann allerdings nicht als Ausdruck einer weiterreichenden politischen Übereinstimmung interpretiert werden, im Gegenteil. Die KPD hatte während des Streits um den Panzerkreuzerbau ihre Chance wahrgenommen und versucht, Anhänger der Sozialdemokratie auf ihre Seite zu bekommen. Wichtigstes Mittel dazu war ein Volksbegehren, mit dem der Bau des Panzerkreuzers auf außerparlamentarischem Wege verhindert werden sollte. Für ihre am 16. August beschlossene Initiative fand die KPD allerdings nur einige radikalpazifistische Gruppen als Bundesgenossen⁴⁹. Daß sich die *Einheit* für das Volksbegehren erklärte, war wenig erstaunlich⁵⁰, aber ebensowenig wie über die Arbeiterdelegationen gelang es der KPD und dem Häufchen der ihr verbundenen SPD-Mitglieder, in der Frage des Volksbegehrens einen nennenswerten Einfluß auf die SPD auszuüben. Auch die SPD-Linke lehnte das kommunistische Volksbegehren ab. Einige ihrer Vertreter waren allerdings der Meinung, die SPD solle – nicht zuletzt, um der KPD-Initiative das Wasser abzugraben – ein eigenes Volksbegehren einleiten. Die Initiative der KPD war ja nichts anderes als ein Versuch, das zu ernten, was die SPD im vorausgegangenen Wahlkampf gesät hatte. Diese Forderung drang in der Partei aber nicht durch⁵¹. Statt mit einem eigenen Volksbegehren reagierte die SPD auf diese Gefahr mit einer intensiven Kampagne gegen den „roten Militarismus“ der Sowjetunion, durch die die Unglaubwürdigkeit der KPD aufgezeigt werden sollte.

Eine knappe Woche, nachdem die KPD ihre Entscheidung für ein Volksbegehren getroffen hatte, setzte dieser Propagandafeldzug mit voller Wucht ein. Der *Vorwärts* brachte am 24. August 1928 einen mit dreispaltiger Balkenüberschrift versehenen Artikel von Franz Künstler über „Sowjetrußlands Rüstungen“. Künstler, selbst ein eindeutiger Gegner der Kabinettsentscheidung vom 10. August, wies die Vorwürfe der KPD, die SPD betreibe mit der Zustimmung zum Panzerkreuzerbau Aufrüstung gegen die Sowjetunion, „zurück und drehte den Spieß um. Er verwies darauf, daß die Rote Armee

⁴⁷ Zu dem innerparteilichen Konflikt um den Bau des Panzerkreuzers siehe Winkler, *Normalität*, S. 541–555 und Wolowicz, *Linksopposition*, S. 545–565.

⁴⁸ Winkler, *Normalität*, S. 551.

⁴⁹ Ebenda, S. 545; Wolowicz, *Linksopposition*, S. 558.

⁵⁰ W. Benezewitz: Für den Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer. in: *Die Einheit* Nr. 27 vom 23. 9. 1928.

⁵¹ Fritz Bieligk: Volksentscheid abgelehnt! in: *KK* Nr. 18 vom 15. 9. 1928; Wolowicz, *Linksopposition*, S. 558–561.

über eine Friedensstärke von mehr als einer Million Mann [also das zehnfache der Reichswehr, JZ] verfügte. Bereits die Jugend werde vormilitärisch geschult. „In keinem Lande, mit Ausnahme Frankreichs, wird die Massenmilitarisierung der Bevölkerung so stark betrieben wie in Rußland.“⁵². Einige Wochen später wartete Künstler in der *Leipziger Volkszeitung* mit neuen Enthüllungen über die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee auf, die allerdings kein größeres Aufsehen erregten⁵³.

„Die deutschen Kommunisten sind russische Militaristen“, verkündete das SPD-Zentralorgan Ende August. Sie sollten besser in der Sowjetunion für Abrüstung eintreten, dort wäre ihnen dafür allerdings die Verbannung nach Sibirien sicher⁵⁴. Kurz darauf brachte das ansonsten mit Illustrationen eher sparsame Blatt auf seiner ersten Seite unter der Überschrift „Panzerkreuzer unterm Sowjetstern“ gleich vier große Photos von Manövern der sowjetischen Ostseeflotte⁵⁵.

Ende September meldete sich der Vorstand der SPD mit einem Aufruf zu Wort, der angriffslustig „Die Maske vom Gesicht!“ betitelt war. Das Volksbegehren der Kommunisten wurde unter Berufung auf die von der Parteipresse bereits ausführlich dargelegten Argumente als unehrliches Manöver abqualifiziert. Die „militärische Epidemie“ in der Sowjetunion und bei den deutschen Kommunisten stelle eine ebensolche Kriegsgefahr dar wie der Rüstungswahnsinn der kapitalistischen Staaten, erklärte die SPD-Führung und versäumte nicht, auf die geheime Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der sowjetischen Armee hinzuweisen⁵⁶.

Gebündelt fanden sich all die Argumente in einer vom Parteivorstand herausgegebenen Flugschrift wieder⁵⁷, und rechtzeitig zum Oktober erschien im SPD-Verlag Dietz Nachfolger auch in der relativ hohen Auflage von 7500 Stück eine umfangreichere Broschüre mit dem Titel „Der rote Militarismus“ aus der Feder von Peter Garwy⁵⁸. Man täte Garwy allerdings Unrecht, wollte man behaupten, er habe eine reine Propagandaschrift verfaßt. Was für die deutschen Sozialdemokraten in erster Linie Propagandamunition darstellte, war für ihn als Menschewisten vor allem eine Auseinandersetzung mit der Realität seines eigenen Landes. Garwy schilderte eingehend das kräftig wachsende Militärwesen der Sowjetunion und seine historische Entwicklung, er beschwor die von allen Menschewisten gefürchtete Gefahr, die Rote Armee könne zur Keimzelle eines bonapartistischen Umsturzes werden, und er machte auf die eigentümliche Zweideutigkeit der sowjetischen Außenpolitik aufmerksam: Diese sei gekennzeichnet durch das Sicherheitsbedürfnis der UdSSR einerseits, das auf eine „Einschließung in das sich aufbauende Friedenssystem der internationalen Beziehungen und der Weltwirtschaft“ dränge, aber auf der anderen Seite auch durch eine Politik der Selbstisolierung und des Revolutionsexports. Die Parole des sechsten Weltkongresses der

⁵² „Sowjetrußlands Rüstungen“, Vorwärts Nr. 400 vom 24. 8. 1928.

⁵³ „320 Kriegsflugzeuge pro Jahr. Der Chef der russischen Luftflotte verhandelte persönlich mit den Geßlerleuten“, LVZ Nr. 236 vom 8. 10. 1928.

⁵⁴ „Das doppelte Gesicht der KPD. Sowjetmilitarismus und Kommunisten-Volksentscheid“, Vorwärts Nr. 407 vom 29. 8. 1928.

⁵⁵ Vorwärts Nr. 410 vom 30. 8. 1928.

⁵⁶ „Die Maske vom Gesicht!“, LVZ Nr. 223 vom 22. und Vorwärts vom 23. 9. 1928.

⁵⁷ SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Informationsmaterial über Sowjetmilitarismus. O. O. 1928.

⁵⁸ Peter Garwy: Der Rote Militarismus. Berlin 1928. Die Angaben zum Erscheinungsmonat und zur Auflage in Jahrbuch Sozialdemokratie 1928, S. 208.

Komintern vom „vernichtenden Kampf gegen die Sozialdemokratie“ nannte Garwy „verbrecherisch“: „Denn gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, heißt die stärkste Säule des Weltfriedens und der Unantastbarkeit Rußlands zu unterwühlen.“⁵⁹.

Am 24. Oktober 1928, dem Stichtag des Volksbegehrens konnten die Sozialdemokraten aufatmen. Die notwendige Unterstützerzahl war bei weitem nicht erreicht worden. Statt der erforderlichen zehn Prozent der Wahlberechtigten hatten sich nur 2,94 Prozent für das Volksbegehren ausgesprochen. In absoluten Zahlen waren das 1216989, also erheblich weniger als die 3263354 Wähler, die die KPD am 20. Mai für sich hatte gewinnen können. 4134000 Stimmen wären für den Erfolg des Volksbegehrens nötig gewesen⁶⁰. Hochzufrieden stellte der SPD-Vorstand im Rückblick auf die Ereignisse fest:

„In seiner Sitzung vom 11. September 1928 hat es der Parteiausschuß der Sozialdemokratie einstimmig als Pflicht der Parteimitglieder erklärt, dem Volksbegehren der Kommunisten, dieser gegen die Sozialdemokratische Partei gerichteten Aktion, auf das entschiedenste entgegenzutreten. Mit diesem Beschluß und seiner mit Sicherheit zu erwartenden Befolgung durch die Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratischen Partei war auch der Ausgang und Mißerfolg des Volksbegehrens besiegelt.“⁶¹

Da stellt sich allerdings die Frage, warum dann die SPD die ganze Rote Armee samt ihren paramilitärischen Nachwuchs- und Nebenorganisationen gegen die deutschen Kommunisten hatte aufmarschieren lassen.

Die Kampagne gegen den „Sowjetmilitarismus“ paßte gar nicht so recht zu den in ihren Augen positiven Tendenzen, die die SPD in der Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik im Zusammenhang mit dem Kellogg-Pakt gleichzeitig feststellen konnte. Auf Initiative des französischen Außenministers Briand und seines amerikanischen Kollegen Kellogg war das Projekt eines internationalen Kriegsächtungspaktes zustande gekommen⁶². Da zwischen ihr und den USA keine diplomatischen Beziehungen bestanden, war die Sowjetunion zu den Vorverhandlungen und zur Unterzeichnung des Paktes nicht eingeladen worden. Das weckte in Moskau alte Einkreisungsängste⁶³, die ihr Echo auch bei der SPD-Linken fanden. Der Kellogg-Pakt sehe „einem Versuch verdammt ähnlich, auch auf diesem Wege eine antirussische Allianz zustande zu bringen“, argwöhnte etwa Fritz Bieligk in der *Sozialistischen Politik und Wirtschaft*⁶⁴. Das Hauptargument der SPD-Linken gegen den Kellogg-Pakt war allerdings seine weitgehende Unverbindlichkeit, enthielt er doch weder Abrüstungsverpflichtungen noch Sanktionsklauseln gegen Friedensstörer⁶⁵. Der Kellogg-Pakt ändere überhaupt nichts am Bisherigen, erklärte Paul Levi und die *Leipziger Volkszeitung* sprach gar von „Lüge“ und „Komödie“⁶⁶.

⁵⁹ Ebenda, S. 45 f.

⁶⁰ Das Ergebnis des Volksbegehrens nach Stimmkreisen aufgeschlüsselt in Jahrbuch Sozialdemokratie 1928, S. 127.

⁶¹ Ebenda, S. 126.

⁶² Graml, Europa, S. 235.

⁶³ Von Rauch, Sowjetunion, S. 239.

⁶⁴ Fritz Bieligk: Ein Kriegspakt von fünfzehn, in: SPW 27 vom 6. 7. 1928.

⁶⁵ Graml, Europa, S. 235.

⁶⁶ Paul Levi: Der Kelloggspakt, in: SPW Nr. 29 vom 20. 7. 1928; „Vor der Unterzeichnung der Lüge“, LVZ Nr. 199 vom 25. 8.; „Der Gipfel der Komödie“, LVZ Nr. 201 vom 28. 8. 1928.

Dagegen nannte der „Vorwärts“ die Verhandlungen über den Kellogg-Pakt voll Enthusiasmus das „Ringens um ein Welt-Locarno“. Der Vergleich war insofern gut gewählt, als, wie das SPD-Zentralorgan auch vermerkte, auch diesmal die Sowjetunion nicht beteiligt war⁶⁷. Der „Vorwärts“ sprach sich allerdings eindeutig für den Beitritt der Sowjetunion aus, wobei Deutschland als Mittler eine besondere Aufgabe zukomme⁶⁸. Daß die Sowjetunion der nachträglich erfolgten Einladung, dem Pakt beizutreten, Folge leistete, begrüßte das SPD-Zentralorgan als „Fortschritt der Friedenspolitik“. Die Wiederherstellung der britisch-sowjetischen Beziehungen und der Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund müßten nun folgen. Nach Einschätzung des „Vorwärts“ stand der sowjetische Schritt „im Einklang nicht mit den Kriegsrichtlinien der Komintern, sondern mit der Stellungnahme des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu dem Kellogg-Pakt“.⁶⁹ Die LVZ hingegen, die einen Standpunkt „links“ von der Sowjetunion einnahm, verwies darauf, daß der Kellogg-Pakt auf dem SAI-Kongreß stärker kritisiert worden sei als vom sowjetischen Außenminister Čičerin. Kommunistische Parolen ironisierend stellte sie fest, daß nunmehr „der einzige proletarische Staat“ dem Pakt der „imperialistischen Räuber“ beitrete⁷⁰.

Nach der Beilegung der Šachty-Affäre machten auch die deutsch-sowjetischen Beziehungen Fortschritte. Im November 1928 wurden die unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen, erneut begleitet von kritischen Tönen des *Vorwärts*. Er machte darauf aufmerksam, daß sich der 300-Millionen-Mark-Kredit, den Deutschland der UdSSR 1926 gewährt hatte, nicht bezahlt gemacht habe. Weder habe er zu einer wesentlichen Verbreiterung der sowjetischen Produktionsbasis noch zu einem bedeutsamen Anstieg der Importe aus Deutschland geführt. Die französischen und US-amerikanischen Exporte in die Sowjetunion hätten sich günstiger entwickelt als die deutschen Ausfuhren dorthin, obwohl diese Länder der Sowjetunion keinen Kredit gewährt hätten⁷¹.

Trotz der nicht ganz einfachen Ausgangslage gingen die deutsch-sowjetischen Verhandlungen aber rasch voran. Bereits Ende Dezember waren die Vorverhandlungen erfolgreich abgeschlossen⁷², und einen Monat später wurde das neue Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, dessen wichtigster Bestandteil die Vereinbarung über eine regelmäßig tagende deutsch-sowjetische Schiedskommission bildete. Wenn H. L. Dyck unter Hinweis auf einen Artikel im *Hamburger Volksecho* vom 26. Januar 1929 feststellt, die SPD-Presse habe das Abkommen als überflüssigen und gefährlichen Versuch kritisiert, in der Reparationsfrage Druck auf die Westmächte auszuüben⁷³, so muß dem die repräsentativere Stellungnahme des *Vorwärts* entgegengehalten werden. Zwar kriti-

⁶⁷ „Ringens um ein Welt-Locarno“, *Vorwärts* Nr. 169 vom 10. 4. 1928.

⁶⁸ „Der Verzicht auf den Krieg“, *Vorwärts* Nr. 351 vom 27. 7. 1928; „Die Teilnehmer haben angehängt“, *Vorwärts* Nr. 368 vom 6. 8. 1928.

⁶⁹ „Rußland und der Kellogg-Pakt“, *Vorwärts* Nr. 415 vom 2. 9. 1928; vgl. auch D. Dalin: Rußland und der Kellogg-Pakt, in: *RSD* Nr. 33 vom 5. 9. 1928.

⁷⁰ „Die Russen für den Kellogg-Pakt“, *LVZ* Nr. 205 vom 1. 9. 1928.

⁷¹ „Russisch-deutsche Wirtschaft“, *Vorwärts* Nr. 547 vom 18. 11. 1928; vgl. dazu Dyck, *Weimar Germany*, S. 121.

⁷² Ebenda, S. 146f.; „Das deutsch-russische Abkommen. Freie Bahn für kommende Verhandlungen“, *Vorwärts* Nr. 612 vom 29. 12. 1928.

⁷³ Dyck, *Weimar Germany*, S. 150.

sierte auch das SPD-Zentralorgan die Heimlichkeit der Verhandlungen, die im Westen Beunruhigung hätten hervorrufen können, doch verlieh es dem Abkommen den Ehrentitel eines „deutsch-russischen Locarno“. Das Schiedsabkommen mit der Sowjetunion, meinte der *Vorwärts*, „verlängert sozusagen den in Locarno mit Warschau geschlossenen Schiedsvertrag bis nach Moskau hin“. Die darin vorgesehenen regelmäßigen Tagungen der Schiedskommission seien eine Notwendigkeit, da es wegen der Nichtmitgliedschaft der Sowjetunion im Völkerbund zu ihr keine regelmäßige Kontaktmöglichkeit gebe. „Somit ist der Vertrag eine Art Völkerbundersatz.“ Diese hohe Einschätzung des Abkommens wurde allerdings durch den Hinweis relativiert, daß die Schiedskommission nicht berechtigt sei, eigene Entscheidungen zu treffen, sondern nur dazu, den Regierungen Berichte vorzulegen. Das liege daran, daß die Sowjetunion ebenso wenig wie die kapitalistischen Großmächte übernationale Instanzen anerkennen wolle⁷⁴.

Die Einschätzung des deutsch-sowjetischen Schiedsabkommens als Völkerbundersatz war sicherlich überhöht. Dennoch rechtfertigte die weitere Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik die optimistische Hoffnung des *Vorwärts*, daß nun auch die Sowjetunion beginne, sich in das von der SPD angestrebte, umfassende europäische Vertragssystem einzugliedern. Am 9. Februar 1929 unterzeichneten in Moskau Vertreter der Sowjetunion, Polens, Rumäniens, Estlands und Lettlands das nach dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister benannte „Litwinov-Protokoll“ über die vorzeitige Inkraftsetzung des Kellogg-Pakts, dem kurz darauf auch Litauen, die Türkei und Persien beitraten. Damit nahm die Sowjetunion erstmals an einer Politik kollektiver Sicherheit teil⁷⁵.

„Die prinzipiellen politischen Gegensätze zwischen Bolschewismus und Demokratie treten so mehr und mehr zurück. Die wirtschaftlichen Gesetze des internationalen Lebens beginnen sich allmählich durchzusetzen“, kommentierte der *Vorwärts* und zollte der sowjetischen Politik die höchste Anerkennung, die seit dem Sommer 1918 in dem Blatt zu lesen gewesen war: „Mit Kellogg-Pakt und Litwinow-Protokoll haben die Moskauer Machthaber ein Gesellenstück sozialdemokratischer Außenpolitik fertiggebracht. Die Meisterprüfung werden sie dann ablegen, wenn sie den anderen in Genf offenliegenden Protokollen zur Sicherung des Friedens, der obligatorischen Schiedssprechung und dem Schlichtungsverfahren des Völkerbundes beitreten.“ Natürlich durfte aber auch der Hinweis nicht fehlen, daß die KPD im Reichstag den Kellogg-Pakt abgelehnt hatte⁷⁶.

Kein Asyl für Trotzki

Am 6. Februar 1929 hielt der sozialdemokratische Reichspräsident Paul Löbe eine Ansprache zum zehnten Jahrestag der Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung. Auf störende Zwischenrufe der Kommunisten entgegnete er: „Wir haben Ihnen und den anderen erst die staatsbürgerlichen Rechte gegeben. Vielleicht kommen wir sogar dazu, Herrn Trotzki in Deutschland ein freiheitliches Asyl zu gewähren.“⁷⁷

⁷⁴ „Deutsch-russisches Locarno. Schlichtungsvertrag mit der Sowjetunion“, *Vorwärts* Nr. 48 vom 29. 1. 1929.

⁷⁵ Von Rauch, Sowjetunion, S. 239f.; Handbuch der Geschichte Rußlands, S. 668.

⁷⁶ „Moskaus Außenpolitik. Auf den Wegen der internationalen Sozialdemokratie“, *Vorwärts* Nr. 71 vom 12. 2. 1929.; „Zwei beachtenswerte Bilder“, SPK Nr. 4/1929.

⁷⁷ „Trotzki will nach Deutschland“, *Vorwärts* Nr. 42 und LVZ Nr. 83 vom 19. 2. 1929.

Trotzki, der nach einjähriger Verbannungszeit in Kasachstan soeben in die Türkei ausgewiesen worden war, reagierte prompt. Er schickte ein Telegramm, in dem er unter Berufung auf Löbes Äußerung um Asyl in Deutschland bat. Mit dieser Bitte löste er eine heftige Kontroverse in Deutschland aus. Insbesondere die Rechte lehnte die Asylgewährung für Trotzki aus politischer Gegnerschaft und wegen der Befürchtung, er könne die öffentliche Ordnung in Deutschland gefährden, heftig ab⁷⁸. Die SPD hingegen sprach sich eindeutig für das Asyl für Trotzki aus. Der *Vorwärts* wies alle Einwände dagegen zurück. Für eine unerwünschte politische Tätigkeit Trotzkis in Deutschland gebe es keine Massenbasis. Es wäre eine Schande, wenn sich die deutsche Regierung vor Trotzki fürchten würde, meinte das SPD-Zentralorgan. Den Einwand, man könne nicht für die Sicherheit Trotzkis garantieren, ließ es ebenfalls nicht gelten. Auch das Leben deutscher Staatsbürger könne schließlich nur im Rahmen des allgemeinen Schutzes durch die Polizei gesichert werden. Ebensovienig überzeugend fand der *Vorwärts* die Befürchtung, Trotzkis Aktivitäten könnten die deutsch-sowjetischen Beziehungen beeinträchtigen. Es gebe genug andere politische Emigranten aus Rußland in Deutschland, deren politische Tätigkeit den deutsch-sowjetischen Beziehungen bisher nicht abträglich gewesen sei. Schaden befürchtete der *Vorwärts* dagegen, wenn Trotzkis Gesuch aus Rücksicht auf die Sowjetunion abgelehnt werde: „Die Abweisung Trotzkis würde dem Glauben an den demokratischen Geist in der Deutschen Republik einen empfindlichen Stoß versetzen.“⁷⁹

Einen weiteren, für den *Vorwärts* jedoch wohl kaum ausschlaggebenden Grund nannte die *Leipziger Volkszeitung*. Obwohl er ein Gegner der Sozialdemokratie und ein Utopist sei, sei Trotzki doch auch ein Kämpfer des Proletariats und ein revolutionärer Sozialist⁸⁰. Diese Auffassung war aber in der SPD wohl die einer Minderheit. Die meisten deutschen Sozialdemokraten sahen Trotzki wahrscheinlich so, wie ihn eine Karikatur des *Vorwärts* zeigte, nämlich als abgehalfterten Bolschewisten, der sich sein Schicksal selbst zuzuschreiben hatte. Unter der Überschrift „Das gelobte Land“ zeigte die Karikatur Trotzki mit seinem Reisegepäck und seiner Familie und legte ihm die

⁷⁸ AdR Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. 2 Bde. Bearb. von Martin Vogt. Boppard 1970, Nr. 435 (Ministerbesprechung 25. 2. 1929), S. 449; Müller, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 174f.; „Um Trotzki. Westarps plumper Einmischungsversuch“, *Vorwärts* Nr. 89 vom 22. 2. 1929; vgl. auch die teilweise wüste Beschimpfungen enthaltenden Briefe zum „Fall Trotzki“ an den damaligen preußischen Innenminister Grzesinski; IISG Amsterdam, Nl. Grzesinski, Nr. 1596.

⁷⁹ „Trotzki will nach Deutschland“, *Vorwärts*.

⁸⁰ „Trotzki will nach Deutschland“, LVZ. Mindestens ein SPD-Mitglied war ganz anderer Auffassung, nämlich Carl Obertüßen aus Bochum. Er schrieb am 16. März an Albert Grzesinski: „Herr Minister, wenn Sie den 10000fachen Massenmörder und Raubmörder Trotzki in's Land lassen, dann können Sie sich bei der nächsten Reichstagswahl Ihr Ministerium von außen ansehen und Ihre Pensionsansprüche in den Kamin schreiben. Wir wollen eine republikanische Regierung, ja, aber wir Sozialisten wollen kein Liebäugeln mit Massen-Raubmördern. Schreiben Sie sich das hinter die Ohren.“ Nl. Grzesinski, Nr. 1594. Zu den sozialdemokratischen Einschätzungen der trotzkistischen Opposition in der Sowjetunion vgl. auch Olga Domanewskaja: „Demokratischer“ Trotzkiismus, in: LVZ Nr. 25 vom 30. 1. 1929; Theodor Dan: Trotzki's Schicksal, in: KK Nr. 6 vom 15. 3. 1929; ferner den Brief von Peter Garwy an Luise Kautsky, Berlin 18. 9. 1926; Nl. Kautsky, D XI 26; Raphael Abramowitsch: Die Entwicklung Sowjetrußlands, in: DG 3 (1926), 1. Halbband, S. 322–345, hier: S. 345; Löw, Otto Bauer, S. 143f.

Worte in den Mund: „Welch ein Glück für uns, meine Lieben, daß uns die Bolschewisierung Deutschlands vor zehn Jahren nicht geglückt ist“⁸¹.

Der SPD ging es darum, ein Exempel von der Überlegenheit der Demokratie über die kommunistische Diktatur anhand eines kommunistischen Ex-Diktators zu statuieren. Daraus wurde jedoch nichts. Und nicht ganz zu Unrecht nennt der Trotzki-Biograph Isaac Deutscher die Lehre, die die deutschen Sozialdemokraten Trotzki in Sachen Demokratie erteilen wollten, „wenig erbaulich“⁸². Nachdem nämlich die deutsche Reichsregierung immer restriktivere Bedingungen für einen Aufenthalt Trotzkis formuliert hatte, wurde sein Gesuch schließlich Anfang April 1929 abgelehnt⁸³. Die Regierung hatte allerdings kaum eine andere Wahl, wollte sie die Sowjetunion nicht vor den Kopf stoßen.

Am 30. Januar 1929 hatte nämlich bereits der stellvertretende Außenminister Litvinov dem deutschen Botschafter in Moskau, von Dirksen, die Bitte seiner Regierung vorgetragen, Trotzki in Deutschland aufzunehmen. Gegen Einwände von Dirksens, dies könne möglicherweise nachteilige Folgen für die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben, hatte Litvinov dabei, ganz wie später der *Vorwärts*, auf die anderen russischen politischen Emigranten in Deutschland verwiesen⁸⁴. Ähnliche Bedenken wie von Dirksen hatte auch Reichskanzler Müller, der zudem befürchtete, Trotzkis persönliche Sicherheit könne in Deutschland nicht gewährleistet werden⁸⁵. In einer Ministerbesprechung vom 5. Februar, in der die Problematik besprochen wurde, beschloß man, einem Vorschlag von Reichsinnenminister Severing zu folgen, und die Aufnahme Trotzkis zunächst abzulehnen, bei weiterem Drängen der Sowjetregierung aber nachzugeben⁸⁶. Paul Löbe war bei seiner Äußerung im Reichstag offenkundig von dieser Beschlußlage ausgegangen.

Das weitere Drängen der Sowjetregierung blieb aber aus, stattdessen klopfte der in die Türkei verschickte Trotzki auf Löbes als Einladung aufgefaßte Äußerung hin persönlich an die Tür. Ihn daraufhin aufzunehmen hätte, wie Botschafter von Dirksen aus Moskau telegraphierte, einen Affront gegen die Sowjetregierung bedeutet⁸⁷. Entsprechend argumentierte auch Außenminister Stresemann in der Ministerbesprechung vom 7. April 1929. Er beantragte, dem Gesuch Trotzkis nicht stattzugeben. Der Reichskanzler stimmte dem zu. Finanzminister Hilferding wollte sich angesichts der sich abzeichnenden Mehrheitsverhältnisse nicht weiter für die Einreise einsetzen. Für den abwesenden Innenminister Severing erklärte sein Staatssekretär, er halte die Einreise innenpolitisch für tragbar. Doch das war nicht ausschlaggebend. Mehrheitlich wurde Trotzkis Antrag abgelehnt⁸⁸.

⁸¹ *Vorwärts* Nr. 85 vom 20. 2. 1929.

⁸² Isaac Deutscher: *Trotzki*. Bd. 3: *Der verstoßene Prophet*. Stuttgart 1963, S. 28.

⁸³ *Ebenda*, S. 28 f.

⁸⁴ ADAP, Serie B, Bd. 11: 1. Januar bis 31. Mai 1929. Göttingen 1978. Nr. 42 (*Der Botschafter in Moskau, von Dirksen, an das Auswärtige Amt, 30. 1. 1929*), S. 74–76.

⁸⁵ *Ebenda*, Nr. 47 (*StS in der Reichskanzlei Pünder an StS im AA von Schubert*), S. 86 f.

⁸⁶ AdR Kab. Müller II, S. 405 f.

⁸⁷ ADAP, Serie B, Bd. 11, Nr. 90, S. 202 f.

⁸⁸ AdR Kab. Müller, Nr. 165, S. 530 f. Unklar ist, wie Müller, *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, S. 181, zu seinem Urteil kommt, Hilferding habe sich bei der Ablehnung „besonders exponiert“. Auch der „Klassenkampf“ bezeichnete Hilferding als Gegner von Trotzkis Einreise; „Trotzki“, KK Nr. 7 vom 1. 4. 1929.

In der SPD stieß diese Entscheidung auf breites Unverständnis. Die Parteipresse pochte auf das Asylrecht (das allerdings in der Weimarer Republik keinen Verfassungsrang hatte) und erklärte, man habe der KPD mit dem Beschluß, Trotzki nicht nach Deutschland zu lassen, Schwierigkeiten erspart⁸⁹. Die „zarte Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Moskauer Gewalthaber wird wahrscheinlich nicht einmal von diesen selbst verstanden werden“, schrieb der *Vorwärts*⁹⁰, und sein Chefredakteur Friedrich Stampfer kritisierte wenig später auf dem Magdeburger Parteitag die sozialdemokratischen Minister, die Paul Löbe desavouiert und gegen den erklärten Willen des SPD-Fraktionsvorstandes entschieden hätten⁹¹. Kritisch über den Beschluß äußerte sich auf dem Parteitag auch Kurt Rosenfeld⁹². Ihm war vielleicht ein Stück von dem Triumph vergönnt, der seiner Partei versagt blieb. Ihn, der mit Vandervelde und Liebknecht zusammen 1922 in Moskau die Sozialrevolutionäre verteidigt hatte, die Trotzki zu Geiseln machen ließ, hatte der Ausgewiesene als Rechtsanwalt mit der Vertretung seines Einreisegesuchs nach Deutschland betraut⁹³.

Konfrontation

Die Verschärfung des politischen Kurses der Komintern zeigte sich in Deutschland seit dem Herbst 1928 unter anderem in der Zunahme politischer Gewaltakte, an denen Kommunisten beteiligt waren. Vor allem die zunehmenden handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten forderten nicht selten Menschenleben. Angesichts dieser Lage verhängte der Polizeipräsident von Berlin, Karl Friedrich Zörgiebel, am 13. Dezember 1928 ein Verbot aller Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel. Im April beschloß er, dieses auch am 1. Mai nicht aufzuheben. „Eine kluge Entscheidung war das schwerlich. Arbeiterdemonstrationen ausgerechnet am 1. Mai, dem traditionellen Tag der Arbeit, zu verbieten, mußte die Kommunisten provozieren“, kommentiert Heinrich August Winkler diesen Schritt⁹⁴. Die KPD ließ keinen Zweifel daran, daß sie sich nicht an das Demonstrationsverbot halten und auch gewaltsame Zusammenstöße mit der Polizei in Kauf nehmen würde. Die SPD warf ihr daraufhin vor, sie spiele bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele mit Menschenleben⁹⁵. Am 1. Mai gab es über 30 Tote und fast 200 Verletzte. Die Verantwortung für diese blutige Bilanz lag jedoch vor allem bei der Berliner Polizei, die auf die verbotenen Demonstrationen völlig unangemessen reagiert hatte. Selbst vollkommen unbeteiligte Personen waren von der Polizei erschossen worden, die selbst keine Toten zu beklagen hatte. Dieses brutale Vorgehen war nicht zuletzt auf die Anweisungen des

⁸⁹ Vgl. die Presseübersicht in: „Die Stimmung in der Partei. Das Asylrecht der Republik“, KK Nr. 9 vom 1. 5. 1929; „Die Furcht vor dem Revolutionäre“, LVZ Nr. 86 vom 13. 4. 1929.

⁹⁰ „Kein Asyl für Trotzki!“, *Vorwärts* Nr. 171 vom 12. 4. 1929; „Trotzki erläutert sein Einreise-gesuch“, *Vorwärts* Nr. 125 vom 15. 3. 1929.

⁹¹ Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle. Magdeburg 1929. [Nachdr. Glashütten u. a. 1974], S. 173.

⁹² Ebenda, S. 90

⁹³ „Trotzkis Einreisegesuch“, *Vorwärts* Nr. 129 vom 17. 3. 1929.

⁹⁴ Winkler, *Normalität*, S. 672.

⁹⁵ „KPD braucht Leichen! Sie wünscht Schüsse am 1. Mai“, *Vorwärts* Nr. 185 vom 20. 4. 1929.

Polizeipräsidenten Zörgiebel zurückzuführen, der offenbar ein Exempel statuieren wollte⁹⁶.

Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der SPD sahen das anders. „Diese Opfer sind auf Befehl der kommunistischen Zentrale gefallen“, erklärten sie in einem gemeinsamen Aufruf, der am 3. Mai im *Vorwärts* erschien. In der Proklamation, in der ausführlich Gewalttaten von KPD und NSDAP aufgezählt wurden, hieß es ferner, die Drahtzieher der Vorgänge säßen in Moskau, eine Behauptung, die der *Vorwärts* gleich mit zwei Karikaturen illustrierte. Die eine zeigte einen deutschen Kommunisten, der vor dem Hintergrund von Barrikaden und Leichen in militärischer Haltung Stalin Meldung von dem ausgeführten Befehl macht, auf der anderen waren Mitglieder des KPD-Vorstandes zu sehen, die Leichen zu einer bolschewistischen Götzenfigur tragen, neben der, wie stets in den *Vorwärts*-Karikaturen, mit der Knute in der Hand, Stalin steht⁹⁷.

Daß der *Vorwärts* das Mittel der Karikatur so ausführlich benutzte, hatte seinen Grund nicht zuletzt darin, daß es für Berichte keinen Stoff gab, weil sich eine direkte Beteiligung Moskauer Stellen an den Berliner Vorgängen nicht nachweisen ließ. In der Ministerbesprechung vom 6. Mai stellte Innenminister Severing fest, „es liege kein Anhalt vor, daß die Unruhebewegungen in Berlin in besonders starkem Maße von Rußland geschürt worden seien, obwohl eine gewisse Verbindung mit Rußland unzweifelhaft bestehe“⁹⁸. Als Beleg für diese „gewisse Verbindung“ verwies Severing auf abgefangene Telegramme des sowjetischen Metallarbeiterverbandes und des „Politischen Büros“ aus Moskau, in denen die „heldenhaften Kämpfer für den Sozialismus“ gepriesen und die „sozialdemokratischen Meuchelmörder“ verflucht wurden⁹⁹. Doch waren diese Telegramme nach den Ereignissen vom 1. Mai abgesandt worden, und konnten daher nur in einer „gewissen“, nicht aber in einer ursächlichen Verbindung mit ihnen stehen. Auch andere Versuche der SPD, eine sowjetische Mitverantwortung für den „Blutmai“ nachzuweisen, gelangen nicht¹⁰⁰.

Dennoch vertrat der Parteivorsitzende Otto Wels auf dem Magdeburger Parteitag der SPD Ende Mai 1929 die These vom Moskauer Einfluß, dessen Endziel die Entscheidungsschlacht gegen Polen und Frankreich auf deutschem Boden sei¹⁰¹. Das vor allem durch das Litwinov-Protokoll neugewonnene Vertrauen der SPD in die sowjetische Außenpolitik erlitt durch die Berliner Vorgänge schweren Schaden. Die Ansätze zu

⁹⁶ Winkler, Normalität, S. 673 f.; detailliert belegt diese Einschätzung Thomas Kurz: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929. Berlin usw. 1988.

⁹⁷ „Meldung in Moskau“, *Vorwärts* Nr. 204 vom 3. 5. 1929; „Moskauer Opfergang“, *Vorwärts* Nr. 208 vom 5. 5. 1929; abgebildet in Müller, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 183 f.

⁹⁸ AdR Kab. Müller Nr. 197, S. 644.

⁹⁹ Ebenda; Kurz, „Blutmai“, S. 105.

¹⁰⁰ Kurz, „Blutmai“, S. 104. Thomas Kurz' Befund, die sozialdemokratische Presse habe dennoch an diesem Punkt festgehalten, trifft in dieser Pauschalität allerdings nicht zu. So gab zwar auch die „Leipziger Volkszeitung“, obwohl sie Zörgiebels Demonstrationsverbot kritisierte, der KPD die Hauptschuld, erwähnte aber die Sowjetunion mit keinem Wort; „Die Blutschuld“, LVZ Nr. 101 vom 2. 5. 1929; „22 Tote“, LVZ Nr. 102 vom 3. 5. 1929. Ähnlich: Kurt Rosenfeld: Berliner Blutmai, in: KK Nr. 10 vom 15. 5. 1929.

¹⁰¹ SPD-PT Magdeburg, S. 15 f.; die These vom Moskauer Befehl auch im Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929. Berlin 1930. [Nachdr. Berlin usw. 1976].

einer Politik der kollektiven Sicherheit wurden in der Wahrnehmung der Sozialdemokraten von der aggressiven Kominternpolitik überdeckt, deren Signum die Theorie vom „Sozialfaschismus“ war. Allerdings hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel dieser Theorie, die besagte, die Sozialdemokratie sei nur ein Flügel des Faschismus, erst zum Durchbruch verholfen. Der Berliner „Blutmai“ und das anschließende Verbot der *Roten Fahne* und des „Roten Frontkämpferbundes“ waren ausschlaggebend dafür, daß der Kampf gegen den „Sozialfaschismus“ auf dem 12. Parteitag der KPD Anfang Juni zum beherrschenden Thema und zur offiziellen Parteilinie wurde¹⁰².

Ebenso wie die herkömmlichen Vorstellungen von den Zielen und Mitteln der sowjetischen Außenpolitik lebte zur gleichen Zeit auch in der SPD die Tendenz zur Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus wieder auf, die bereits 1923/24 aufgetreten war. So sprach Wels auf dem Magdeburger Parteitag von den Rechtsradikalen und „ihre[n] kommunistischen Brüdern von Moskau“¹⁰³, die *Leipziger Volkszeitung* brandmarkte die kommunistische Taktik als „KPD-Faschismus“¹⁰⁴, und der *Vorwärts* referierte ausführlich einen Artikel des Staatssekretärs im italienischen Ministerium für das Verbändewesen, Guiseppa Bottai, in dem dieser über Gemeinsamkeiten von Faschismus und Bolschewismus reflektierte, die das SPD-Zentralorgan aus seiner Sicht so zusammenfaßte: „Mit der Idee der Menschenrechte wurde in Rußland wie in Italien gründlich aufgeräumt. Beide sind der Demokratie und der Freiheit feindlich gesinnte Staaten. In beiden Staaten wird nur eine Nationalpartei geduldet. In Italien war ja auch der Kommunismus der Wegbereiter des Faschismus.“¹⁰⁵

Die scharfe Konfrontation zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in Deutschland konnte nicht ohne Rückwirkung auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen bleiben, zumal die Vorgänge um den 1. Mai auch in der Sowjetunion ein kräftiges Echo hervorriefen. Bei der Moskauer Maidemonstration hatte Kriegskommissar Worosilow in Anwesenheit des gesamten diplomatischen Korps erklärt, die Arbeiter Berlins würden trotz des Verbotes auf die Straße gehen. Zudem hatte er höhnische Bemerkungen über die SPD gemacht. In dem Demonstrationszug waren das Modell eines Panzerkreuzers und Karikaturen der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder sowie des Reichswehrministers mitgeführt worden. Dieser Vorgang führte zu einer D marche des deutschen Botschafters von Dirksen im sowjetischen Außenministerium, die eine bes ntigende Erklärung Worosilovs zur Folge hatte¹⁰⁶. Der diplomatische Zwist um seinen Auftritt war zusätzlich begleitet von heftigen Protesten gegen den „Blutmai“ in der Sowjetunion.¹⁰⁷

¹⁰² Winkler, Normalität, S. 679–683.

¹⁰³ SPD-PT Magdeburg, S. 14.

¹⁰⁴ „KPD-Faschismus“, LVZ Nr. 104 vom 6. 5. 1929.

¹⁰⁵ „Faschismus und Bolschewismus“, Vorwärts Nr. 214 vom 9. 5. 1929. Bestätigt fühlten sich die Sozialdemokraten, als Ende Juli 1929 eine Gruppe sowjetischer Milit rpiloten in Italien von Mussolini persönlich herzlich empfangen wurde. „Faschistengru  der Kommunisten“, Vorwärts Nr. 352 vom 30. 7. 1929; vgl. auch „Faschistisch-kommunistische Brüder“, Vorwärts Nr. 345 vom 25. 7. 1929; „Moskau huldigt dem Faschismus!“, Vorwärts Nr. 347 vom 27. 7. 1929; I. Grekow: Wahlverwandtschaft. Faschistisch-bolschewistische Freundschaft, in: RSD Nr. 28 vom 18. 7. 1929.

¹⁰⁶ AdR Kab. Müller, S. 645, Fußnote 6; ADAP, Serie B, Bd. 11, Nr. 211, 221 und 230. Dyck, Weimar Germany, S. 154 f.; „Rückzieher Woroschilows“, Vorwärts Nr. 217 vom 11. 5. 1929.

¹⁰⁷ Dyck, Weimar Germany, S. 154; Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland, S. 335.

Weiter verschlechtert wurde die Atmosphäre durch die Angriffe der sowjetischen Presse auf die SPD, die an Schärfe denen des *Vorwärts* und Wels' auf die Sowjetunion in nichts zurückstanden. Durchweg wurden in den Berichten die kommunistischen Demonstranten heroisiert und als die Verkörperung des deutschen Proletariats dargestellt. Die *Pravda* schrieb, die SPD habe das Kundgebungsverbot erwirkt, weil sie begriffen habe, „daß eine erlaubte Arbeiterdemonstration die moralisch-politische Verurteilung der Sozialdemokratie bedeuten würde“. Die Gewerkschaftszeitung *Trud* erklärte, die „sozialdemokratischen Herrscher Deutschlands“ würden in Bezug auf den Terror bald Mussolini und andere Rechtsdiktatoren einholen. „Die Sozialdemokratie hat dem deutschen Proletariat den offenen Krieg erklärt.“ Die Arbeiter Deutschlands und ihre revolutionäre Vorhut hätten den Fehdehandschuh aufgenommen. Die *Izvestija*, die ebenso wenig wie die anderen Blätter an der bewußten Herbeiführung des „Blutmai“ durch die SPD zweifelte, machten hingegen außenpolitische Motive dafür verantwortlich. Vor dem Hintergrund der laufenden Reparationsverhandlungen habe die Sozialdemokratie demonstrieren wollen, daß die bolschewistische Gefahr, die durch die Reparationslast verstärkt werde, eine Realität sei¹⁰⁸.

Wenn diese Gedankenkonstruktion auch etwas abenteuerlich anmutet, so sprachen die *Izvestija* damit doch einen realen Faktor an, der das deutsch-sowjetische Verhältnis noch mehr belastete. Die Verhandlungen über die weiteren Reparationsleistungen Deutschlands in der von dem amerikanischen Bankier Owen D. Young geleiteten Sachverständigenkommission hatten in der ersten Jahreshälfte 1929 die Aufmerksamkeit der deutschen Außenpolitik voll in Anspruch genommen. Die Beziehungen zur Sowjetunion waren völlig in den Hintergrund getreten. Darüberhinaus wurden die Verhandlungen und ihr Endprodukt, der sogenannte „Young-Plan“, wie alle deutschen Schritte zur Verständigung mit dem Westen von der Sowjetunion mit großem Mißtrauen beobachtet, zumal ihre Beziehungen zu Großbritannien immer noch unterbrochen waren¹⁰⁹. Zudem drohten sich in der zweiten Jahreshälfte von 1929 die seit blutigen Zusammenstößen zwischen Kuomintang und Kommunisten bestehenden sowjetisch-chinesischen Spannungen in einem Krieg zu entladen.

Den Anlaß dazu bildete der chinesische Versuch, den sowjetischen Einfluß in der Mandschurei auszuschalten. Am 27. Mai 1929 wurde der sowjetische Generalkonsul in Charbin verhaftet, und nach weiteren Inhaftierungen übernahm Anfang Juli China auch die alleinige Verwaltung der ostchinesischen Eisenbahn. Gemäß einer Übergangsregelung, die 1924 zwischen der Sowjetunion und China getroffen worden war und die diesbezüglichen „ungleichen Verträge“ des Zarismus ersetzen sollte, wurde die ostchinesische Eisenbahn von der Sowjetunion und China gemeinsam verwaltet, wobei China das Recht zustand, die sowjetischen Rechte finanziell abzulösen. Für die Sowjetunion war die Bahn als direkte Verbindung zwischen Vladivostok und Zentralsibirien von besonderer Bedeutung, sie garantierte ihr aber zugleich auch einen gewissen Einfluß in der Mandschurei¹¹⁰. Am 17. Juli 1929 brach die Sowjetunion die diplomatischen Bezie-

¹⁰⁸ „Die Berliner Ereignisse im Lichte der Sowjetpresse“, RSD Nr. 19 vom 16. 5. 1929.

¹⁰⁹ Dyck, Weimar Germany, S. 152f.; Thomas Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Berlin 1970, S. 16.

¹¹⁰ Von Rauch, Sowjetunion, S. 242f.; vgl. ferner „Der chinesisch-russische Konflikt“, SPK Nr. 9/1929 (wahrscheinlich aus der Feder von Peter Garwy).

hungen zu China ab. Die deutsche Regierung schaltete sich daraufhin vermittelnd ein und erklärte sich bereit, die sowjetischen Interessen in China wahrzunehmen, zugleich aber auch die chinesischen Interessen der Sowjetunion gegenüber zu vertreten, was bei dieser erhebliches Mißtrauen auslöste¹¹¹.

Die Kommunisten in aller Welt demonstrierten gegen die angebliche englisch-japanisch-chinesische Verschwörung gegen die Sowjetunion, und die KPD sparte dabei auch nicht mit Vorwürfen gegen die SPD, wie dem, die SPD-Führer könnten „gar nicht den Tag erwarten, an dem der heilige Krieg gegen den Arbeiter- und Bauernstaat beginnt“¹¹². Die SPD wies diese Verleumdungen ebenso zurück wie die Verschwörungsthese und revanchierte sich mit dem Vorwurf, die Sowjetunion verfolge dieselben imperialistischen Interessen wie das zaristische Rußland, dessen Verträge mit China sie übernommen habe. Auch wenn die SPD das chinesische Vorgehen nicht billigte, wurden Chinas Ansprüche doch als berechtigt anerkannt¹¹³. Der *Vorwärts* verwickelte sich darüber in eine heftige Polemik mit der kommunistischen *Roten Fahne*, der er, ebenso wie der Sowjetführung, Kriegstreiberei und Greuelpropaganda vorwarf¹¹⁴. Tatsächlich konnte das SPD-Blatt nachweisen, daß die *Rote Fahne* ein Photo aus dem Boxeraufstand der Jahrhundertwende benutzt hatte, um angebliche Grausamkeiten der Truppen Tschiang-Kai-schek zu illustrieren¹¹⁵.

Der *Vorwärts* war so sehr in die Polemik mit der KPD verstrickt, daß er nicht einmal die Resolution veröffentlichte, die die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auf ihrer Sitzung vom 28./29. Juli beschlossen hatte, offenbar, weil darin auch die Interessen der Sowjetunion im Mandschurei-Konflikt eingehender berücksichtigt wurden. Er begnügte sich mit einer knappen Meldung über die Sitzung der Exekutive, während die *Leipziger Volkszeitung* die Resolution im Wortlaut brachte¹¹⁶.

In den Grundzügen entsprach die einstimmig verabschiedete Resolution durchaus dem Standpunkt des *Vorwärts*. Die SAI anerkannte darin das Recht Chinas, die Beseitigung der russischen Kontrolle über die Ostchinasbahn zu verlangen, soweit sie auf chinesischem Boden liege. Die Sowjetregierung, die so oft die Abschaffung aller Privilegien der fremden Mächte auf chinesischem Boden gefordert habe, habe kein Recht, dieses Prinzip zu bestreiten, wenn es um ihre eigenen Privilegien gehe. Die chinesische Seite dürfe dabei aber keinen friedensgefährdenden Weg einschlagen. Es müsse Garantien für den ungestörten Verkehr zwischen Vladivostok und Sibirien und dafür geben,

¹¹¹ Dyck, Weimar Germany, S. 156f.

¹¹² Mentzel, Publizistik, S. 166; „Wir Kriegstreiber!“, *Vorwärts* Nr. 327 vom 16. 7. 1929.

¹¹³ Peter Garwy: Moskau und Nanking, in: *Vorwärts* Nr. 303 vom 2. 7. 1929; „Kriegsgefahr im Fernen Osten“, *Vorwärts* Nr. 325 vom 14. 7. 1929; „Imperialismus. Rußland und die Chinesische Mandschurei“, *Vorwärts* Nr. 329 vom 17. 7. 1929; „Der chinesisch-russische Konflikt“; Ernst Reinhard: Kampf um die Mandschurei, in: LVZ Nr. 164 vom 17. 7. 1929; R. Abramowitsch: China und Rußland, in: RSD Nr. 33 vom 22. 8. 1929.

¹¹⁴ P. G. [= Peter Garwy]: Sturmzeichen im Fernen Osten, in: *Vorwärts* Nr. 329 vom 17. 7. 1929, 1. Beilage; „Verbrechen am Frieden. Von der Befreiungsideologie zum Kriegsgeschrei“, *Vorwärts* Nr. 337 vom 21. 7. 1929; „Morgenröte im Osten“, ebenda Nr. 415 vom 5. 9. 192; „Ein Millionenschwindel“, *Vorwärts* Nr. 358 vom 2. 8. 1929; *Vorwärts* Nr. 337 vom 21. 7. 1929, 2. Beilage.

¹¹⁵ „Schamlose Kriegslügen“, *Vorwärts* Nr. 340 vom 23. 7. 1929.

¹¹⁶ „Die Internationale zur Lage“, *Vorwärts* Nr. 351 vom 30. 7. 1929; „Die Kriegsgefahr im Osten. Die Internationale an die Arbeiter der Welt“, LVZ Nr. 179 vom 3. 8. 1929.

daß die Bahn nicht zum Stützpunkt für russische Weißgardisten werde. Die SAI forderte die Einstellung der militärischen Vorbereitungen auf beiden Seiten und kritisierte die Auflösung der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen in der Mandschurei durch die chinesischen Machthaber, auch wenn diese Organisationen von der Sowjetunion für ihre Politik mißbraucht worden seien¹¹⁷.

Es ist anzunehmen, daß die Haltung der SPD als führender Regierungspartei nicht unwesentlich zu dem wachsenden Mißtrauen beigetragen hat, mit dem die Sowjetunion die deutsche Vermittlertätigkeit betrachtete. Ein weiterer Grund dürfte die Unterzeichnung des Young-Plans Ende August gewesen sein, der in der Sowjetunion den Verdacht nährte, Deutschland wolle in die Reihe der imperialistischen Staaten eintreten. Anfang September beschwerte sie sich offiziell darüber, daß sich die deutsche Regierung nicht ausreichend für den Schutz von Sowjetbürgern in China einsetze, was diese allerdings zurückwies¹¹⁸.

Die Auseinandersetzung um den Young-Plan, den die nationalistische Rechte, deren Organisationen sich zu diesem Zweck erstmals verbündeten, mit einem Volksbegehren zu verhindern hoffte, nahm im weiteren die SPD stärker in Anspruch als der weit entfernte sowjetisch-chinesische Konflikt. Nachdem im Oktober 1929 russische Streitkräfte in beträchtlicher Zahl in der Mandschurei eingerückt waren, akzeptierten die Chinesen die sowjetische Forderung nach Wiederherstellung des alten Zustandes¹¹⁹. Wiewohl er sich erleichtert über das Ende des Konflikts zeigte, war der *Vorwärts* mit seinem Ausgang nicht zufrieden, denn aus seiner Sicht handelte es sich um einen „Sieg des Imperialismus“¹²⁰.

Daß der sozialdemokratische „Antibolschewismus“ aber sehr scharfe und genau definierte Grenzen hatte, hatte sich im September 1929 gezeigt, als bekanntgeworden war, daß der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Moritz Klönne Sondierungen über ein deutsch-französisches Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion betrieben hatte, wohl mit dem Ziel, auf Kosten Rußlands zu einer Verständigung mit Frankreich über die besetzten Gebiete und die Reparationen zu kommen. Die SPD trat solchen abenteuerlichen Plänen entschieden entgegen. Die deutsche Sozialdemokratie, schrieb der *Vorwärts*, „stellt die Ideen des europäischen Sozialismus gegen die bolschewistischen Methoden, aber nicht die Reichswehr gegen die Rote Armee“¹²¹.

Während die Klönne-Sondierungen eine absonderliche, wenn auch beunruhigende Episode blieben, kam im Spätherbst eine neue Belastungsprobe auf das deutsch-sowjetische Verhältnis zu. Tausende durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion ruinierte deutschstämmige Bauern versuchten das Land zu verlassen. Es handelte sich zumeist um Mennoniten, deren Vorfahren in der Zeit Katharinas der

¹¹⁷ Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Wien, 25. Juli bis 1. August 1931. Berichte und Verhandlungen. 2 Bde. Zürich 1932, S. 90f. [Kongreßprotokolle der SAI, Bd. 4, Nachdr. Glashütten 1974]; Archiv SAI, 330/1–2.

¹¹⁸ „Moskaus Beschwerde abgewiesen“, *Vorwärts* Nr. 423 vom 10. 9. 1929; Dyck, Weimar Germany, S. 160.

¹¹⁹ Von Rauch, Sowjetunion, S. 243.

¹²⁰ „Die Unterwerfung Mukdens“, *Vorwärts* Nr. 559 vom 29. 11. 1929.

¹²¹ „Krieg gegen Rußland! Gut und Blut für die internationale Schwerindustrie“, *Vorwärts* Nr. 445 vom 22. 9. 1929; „Die Sozialdemokratie lehnt jede Kriegshetze gegen Sowjetrußland ab!“, SPK Nr. 10/1929.

Großen nach Rußland gekommen waren. Zwischen 13 000 und 18 000 von ihnen waren bis Ende Oktober aus ihren Dörfern nach Moskau gezogen, wo sie vor den Toren der Stadt lagerten und die Genehmigung zur Ausreise verlangten. In Deutschland löste dieser Vorgang eine Welle von Mitgefühl, aber auch nationaler Emotionen aus¹²². Auch die deutsche Sozialdemokratie stand hier mehrheitlich nicht abseits. Wie auch für die bürgerliche Presse war die „Kolonisten-Affäre“ für den *Vorwärts* Anlaß zu kritischen Berichten über die Zwangskollektivierung in der UdSSR¹²³.

Das Reichskabinett berief am 18. November den SPD-Abgeordneten Daniel Stücklen zum „Reichskommissar für Deutschrussenhilfe“¹²⁴, und es bildete sich ein „Ausschuß für die Ansiedlung der flüchtigen rußlanddeutschen Bauern“, dem neben anderen der Agrarexperte der SPD, Fritz Baade, angehörte¹²⁵.

Nicht alle Sozialdemokraten ließen sich jedoch von der Sympathiewelle für die Kolonisten mittragen. Die *Leipziger Volkszeitung*, deren Berichterstattung in dieser Angelegenheit recht zurückhaltend gewesen war, erteilte einem Kritiker der allgemeinen Volksstimmung das Wort. Georg Engelbert Graf sprach sich in seinem Artikel „Die russischen Bauernemigranten und wir“ gegen den „nationalen Rummel“ aus. Statt die Kolonisten in Deutschland anzusiedeln, sollte man ihnen die Weiterreise nach Amerika ermöglichen, wohin die meisten von ihnen ohnehin wollten, weil sie dort Verwandte hatten. Graf's Motiv war aber primär ein politisches: „Wir haben starre, fortschrittsfeindliche Bauern genug in Deutschland.“ Auch in die allgemeine Kritik an der Kollektivierung wollte er nicht einstimmen. Sie sei aus der Zwangslage heraus entstanden, daß die Kulaken die Getreideablieferung boykottiert hätten. Allerdings sei sie „sachlich übertrieben“ und psychologisch für die Kolonisten „unverständlich“¹²⁶. In den unterschiedlichen Stellungnahmen zur Kollektivierung zeichnete sich bereits der Beginn der Diskussion über Stalins „Revolution von oben“ ab, die in den folgenden Jahren in der internationalen Sozialdemokratie eine erhebliche Bedeutung gewinnen sollte.

Neben dem Umbruch in der Sowjetunion belastete vor allem die Radikalisierung der KPD die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Seit ihrem Wedding-Parteitag vom Juni 1929 bis zum März 1930 verfolgte die KPD einen Kurs des bedingungslosen Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Dabei wurde im Gegensatz zu früher auch nicht mehr zwischen den einfachen Mitgliedern der SPD und ihren angeblich „rechten“ Führern unterschieden¹²⁷. Die einsetzende Weltwirtschaftskrise trug zur weiteren Verschärfung des politischen Kampfes in Deutschland bei. Daß die sowjetische Presse einerseits

¹²² Eine ausführliche Schilderung der sog. „Kolonisten-Affäre“ gibt Dyck, Weimar Germany, S. 162–177.

¹²³ Mentzel, Publizistik, S. 172; Müller, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 198; „Volkswanderung aus dem Osten“, *Vorwärts* Nr. 534 vom 13. 11. 1929; vgl. auch: „Sowjet-Terror gegen Bauern“, *Vorwärts* Nr. 532 vom 12. 11. 1929; „Die russische Bauernkatastrophe“, Nr. 533 vom 13. 11. 1929.

¹²⁴ Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland, S. 351.

¹²⁵ „Rettet die russisch-deutschen Bauern. Unterbringung und Aussiedelung in Deutschland“, *Vorwärts* Nr. 539 vom 16. 11. 1929.

¹²⁶ LVZ Nr. 274 vom 26. 11. 1929.

¹²⁷ Hermann Weber: Zur Politik der KPD 1929–1933, in: Manfred Scharrer (Hrsg.): *Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933*. Reinbek bei Hamburg 1984, S. 121–182, hier: S. 129–131.

kommunistisch inspirierte, gewalttätige Arbeitslosendemonstrationen als Zeichen eines „revolutionären Aufschwunges“ pries, die Sowjetregierung aber in einem offiziellen Artikel in den *Izvestija* vor Belastungen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses warnte, falls die in diesem Zusammenhang von der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse an der Sowjetunion geübte Kritik fortgesetzt werden sollte, löste eine wütende Reaktion des *Vorwärts* aus, der von einer „Sowjetfrehheit“ sprach. Die Unterscheidung zwischen der Sowjetregierung und der Komintern sei nur eine Fiktion, die ersterer den Verkehr mit anderen Staaten ermöglichen solle. Tatsächlich bestehe eine „Verantwortlichkeit des offiziellen Rußland für die verbrecherische Politik der deutschen Kommunisten“. Der *Vorwärts* gab die Warnung vor einer Belastung der deutsch-sowjetischen Beziehungen an die Moskauer Adresse zurück. „Die Ansicht, daß diese Beziehungen darin bestehen, daß Deutschland schweigend zusehen müßte, wie die Sowjets in Deutschland Putsche organisieren, ist etwas zu russisch primitiv.“¹²⁸

Eine Woche später sprach ein Berliner Gericht eine Gruppe von Geldfälschern frei, die aus politischen Gründen sowjetische Banknoten nachgemacht hatten. Es berief sich dabei auf das 1928 beschlossene Amnestiegesetz. In der sozialdemokratischen Presse fand der Richterspruch zunächst ein durchaus kritisches Echo. „Ein unverständliches Urteil“, überschrieb der *Vorwärts* seine Meldung, und die *Leipziger Volkszeitung* sprach von einer „Prämie für Fälscher“¹²⁹. Die Kritik der *Izvestija*, das Gericht habe sich damit auf den Standpunkt gestellt, daß jede Aktion gegen die Sowjetunion den innenpolitischen Interessen Deutschlands entspreche und Verbrechen gegen die UdSSR nicht als solche zu bewerten seien, provozierte den *Vorwärts* jedoch erneut zu einer scharfen Replik. Die offiziöse Entgegnung, die die deutsche Regierung über *Wolffs Telegraphen-Bureau* verlautbaren ließ, war seiner Meinung nach eine „sanfte Zurückweisung“ und entsprach „einer fast achtjährigen Tradition, bei der man auf die offenkundigsten Provokationen mit diplomatischer Höflichkeit reagiert“¹³⁰.

Anders als die Wilhelmstraße war der *Vorwärts* jederzeit bereit, Blitze gen Moskau zu schleudern. Zwei Tage später berichtete er, das KPD-Zentralorgan *Rote Fahne* werde in hohem Maße von der Sowjetbotschaft und der sowjetischen Handelsmission subventioniert. Sie hielten 5000 Abonnements des Blatts, was etwa 20 Prozent der Gesamtauflage entspreche. Das SPD-Organ berief sich dabei auf Angaben eines Mittelsmannes, über den die SPD mit der KPD Verhandlungen über den Kauf von Druckereigebäuden führte. Ein sofortiges Dementi der sowjetischen Botschaft bezweifelte der *Vorwärts* und bekräftigte seine Behauptungen¹³¹. Das Trommelfeuer zeigte Wirkung. Der sowjetische Geschäftsträger Bratman-Brodovskij kam am 13. Februar persönlich ins Außenministerium, um die Behauptungen des *Vorwärts* zu dementieren. Die sowjetische Botschaft beziehe genau elf Exemplare der *Roten Fahne*, erklärte er.¹³²

¹²⁸ „Sowjetfrehheit. Sie organisieren Putsche und beschweren sich über die Abwehr“, *Vorwärts* Nr. 50 vom 30. 1. 1930; „Das Spiel mit dem Aufstand. Sowjetpresse treibt die deutschen Kommunisten an“, *Vorwärts* Nr. 37 vom 23. 1. 1930.

¹²⁹ „Freispruch der Geldfälscher. Ein unverständliches Urteil“, *Vorwärts* Nr. 66 vom 8. 2. 1930; „Zum Urteil im Tschervonzenfälscherprozeß“, *LVZ* Nr. 34 vom 10. 2. 1930, 1. Beilage.

¹³⁰ „Iswestija“ provoizieren“, *Vorwärts* Nr. 69 vom 11. 2. 1930.

¹³¹ „Subventionen für die ‚Rote Fahne‘“, *Vorwärts* Nr. 74 vom 13. 2.; „Das Sowjetgeld“, *Vorwärts* Nr. 75 vom 14. 2. 1930.

¹³² ADAP Serie B, Bd. 14: 1. Januar bis 30. April 1930. Göttingen 1980, Nr. 100, S. 219f.

Wenn in einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors Trautmann vom 15. Februar von einem „Tiefstand der deutsch-sowjetischen Beziehungen“ die Rede war und die führende Rolle der sozialdemokratischen Presse in „dem Feldzug gegen die russische Politik“ vermerkt wurde¹³³, entsprach das sicherlich der Realität. Das wurde auch in dem Gespräch deutlich, das Staatssekretär von Schubert zwei Tage später mit dem sowjetischen Botschafter Krestinskij führte. Die Atmosphäre dieses Gesprächs war, soweit man das den nüchternen Aufzeichnungen des Diplomaten entnehmen kann, reichlich kühl. Von Schubert nahm die Beschwerden Krestinskij über das Urteil im Tschernowzen-Fälscher-Prozeß und die angeblichen Falschmeldungen des *Vorwärts* über die Unterstützung der *Roten Fahne* zur Kenntnis, hielt dessen Forderung, die deutsche Regierung müsse eingreifen, um die Pressekampagne gegen die Sowjetunion zu stoppen, jedoch seine Auffassung entgegen, die Hauptursache der Verstimmung sei die sowjetische Einmischung in deutsche innere Angelegenheiten¹³⁴. Über Krestinskij Ausführungen notierte von Schubert: „Er betonte mehrfach, die von den sozialdemokratischen Organen ausgehende Propaganda müsse unbedingt aufhören. Es würden die unerhörtesten und unbegründetsten Verleumdungen von dieser Presse gegen Rußland geschleudert. Er warnte mich vor den Folgen, die ein Fortbestehen dieser Propaganda haben müsse.“¹³⁵ Auf die redaktionelle Linie des *Vorwärts* hatten Krestinskij Beschwerden im Auswärtigen Amt keinerlei Auswirkung. Er setzte nicht nur seine kritische Berichterstattung über die Vorgänge in der Sowjetunion fort, sondern begrüßte auch vorsichtig den vom Papst verkündeten „Gebetsfeldzug“ gegen die religiöse Verfolgung in der Sowjetunion¹³⁶. Eigentlich hätte die Initiative für eine Protestbewegung für Geistesfreiheit vom demokratischen Sozialismus ausgehen müssen und nicht von der durch eine lange Unterdrückungsgeschichte belasteten katholischen Kirche, lautete der Tenor seiner Stellungnahmen¹³⁷.

Die Parteilinke sah das allerdings ganz anders. Sie stufte die kirchliche Kampagne nicht als Feldzug für Religionsfreiheit ein, sondern als einen „Kreuzzug der Heuchelei“, wenn nicht gar einen gegen den Sozialismus an sich gerichteten Propagandafeldzug. Es müsse aufs schärfste verurteilt werden, daß der *Sozialdemokratische Pressedienst*, dessen Artikel die Mehrzahl der Parteiblätter kritiklos nachdrucke, in die Hetze gegen Sowjetrußland einfallt und sich damit an die Seite der Bourgeoisie stelle, schrieb Fritz Bieligk im *Klassenkampf*¹³⁸.

Am 20. Februar befaßte sich die Regierung Müller noch einmal mit dem deutsch-sowjetischen Verhältnis. Wege aus der Krise wurden dabei nicht deutlich. Eine vom deutschen Botschafter in Moskau, von Dirksen, vorgeschlagene deutsch-sowjetische Erklärung über das gegenseitige Verhältnis lehnte der Kanzler entschieden ab. Innenminister Severing plädierte für eine mehrmonatige Zurückhaltung gegenüber der Sowjet-

¹³³ Ebenda, Nr. 103, S. 225–231, hier: S. 225 f.

¹³⁴ Ebenda, Nr. 108 u. Nr. 109 (Aufzeichnung. StS im AA von Schubert, 17. 2. 1930), S. 239–245.

¹³⁵ Ebenda, S. 244.

¹³⁶ Vgl. dazu Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland, S. 350; Dyck, Weimar Germany, S. 192.

¹³⁷ Friedrich Wendel: Geistesknechtung in der Sowjetunion, in: *Vorwärts* Nr. 76 vom 14. 2. 1930; Peter Garwy: Zweikampf Moskau-Rom, in: *Vorwärts* Nr. 123 vom 14. 3. 1930.

¹³⁸ Fritz Bieligk: Los von Rußland, in: *KK* Nr. 5 vom 1. 3. 1930; „Ein moderner Kreuzzug“ (Hartwig), Ebenda Nr. 6 vom 15. 3. 1930; Olga Domanewskaja: Kreuzzug der Heuchelei, in: *RSD* Nr. 13 vom 27. 3. 1930.

union, um in dieser Zeit „die Kommunisten scharf anzufassen“, und setzte sich im übrigen für einen Abbau der militärischen Beziehungen zur Roten Armee ein¹³⁹.

Ein Gespräch zwischen Außenminister Curtius und Botschafter Krestinskij Anfang März führte wegen der Berichterstattung des *Sozialdemokratischen Pressedienstes* darüber zu neuerlichen Irritationen. Der *Pressedienst* hatte geschrieben: „Dr. Curtius ließ dem russischen Botschafter keinen Zweifel darüber, daß die Reichsregierung in Zukunft zwischen Äußerungen und Handlungen der Komintern und denen der russischen Regierung keinen Unterschied mehr machen und die russische Regierung künftig für Äußerungen und Handlungen der Komintern verantwortlich machen werde.“¹⁴⁰ Diese Darstellung wurde von Krestinskij umgehend dementiert und veranlaßte ihn zu einem Protest beim Außenministerium¹⁴¹. Der *Vorwärts* hingegen verlangte eine Revision der deutsch-sowjetischen Verträge, insbesondere die Aufnahme von Schutzbestimmungen gegen sowjetische Einmischungen in deutsche innere Angelegenheiten¹⁴².

Die SPD-Führung, die den Kampf gegen sowjetische Einmischungen seit Joffes Ausweisung im Jahre 1918 führte, war offensichtlich entschlossen, die deutsch-sowjetischen Beziehungen zur „Geisel“ für das Wohlverhalten der KPD zu machen. Der Versuch der SPD, das deutsche Verhältnis zur Sowjetunion unter den Primat der deutschen Innenpolitik zu stellen, scheiterte jedoch schon allein deshalb, weil Ende März das Kabinett Müller, und damit die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik zerbrach.

Die sozialdemokratische Kritik an der Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wurde daraufhin nur noch entschiedener. Hatte Hermann Müller bei der Ministerbesprechung vom 20. Februar noch erklärt, die große Linie der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion wie sie durch den Rapallo- und den Berliner-Vertrag vorgegeben sei, müsse beibehalten werden¹⁴³, so stellte der *Sozialdemokratische Pressedienst* Mitte April fest, der Rapallo-Vertrag habe seinen „Zweck verfehlt“. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht stellten die deutsch-sowjetischen Beziehungen eine Enttäuschung dar¹⁴⁴. Es scheint sogar, daß die SPD ihre Politik gegenüber der Sowjetunion nach ihrem Ausscheiden aus der Reichsregierung von ihrer preußischen Machtbastion aus fortsetzen wollte. Im Rechtsausschuß des preußischen Landtages stellte die SPD Ende April einen Antrag, mit dem die preußische, SPD-geführte Landesregierung beauftragt wurde, vom Auswärtigen Amt Initiativen im Fall des deutschen Kommunisten Fridolin Leutner zu fordern, der 1923 unter rätselhaften Umständen in Moskau ermordet worden war. Die SPD glaubte Hinweise zu haben, daß Leutner als innerparteilicher Opponent habe beseitigt werden sollen. „Unglaublich“ nannte der SPD-Abgeordnete Kuttner, daß sich das Auswärtige Amt 1923 mit einer Auskunftsverweigerung der sowjetischen Regierung abgefunden habe¹⁴⁵.

¹³⁹ AdR Kab. Müller II, S. 1478 f., Fußnote 2.

¹⁴⁰ Zit. nach „Schärferer Kurs gegen Rußland“, LVZ Nr. 59 vom 10. 3. 1930.

¹⁴¹ ADAP Serie B, Bd. 14, Nr. 154, S. 361.

¹⁴² „Deutschland und Sowjetrußland. Revision der Verträge?“, *Vorwärts* Nr. 129 vom 18. 3. 1929.

¹⁴³ AdR Kab. Müller, S. 1478, Fußnote 2.

¹⁴⁴ Müller, *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, S. 219.

¹⁴⁵ „Niederlage der Todesstrafe!“, *Vorwärts* Nr. 202 vom 1. 5. 1930; „Deutscher in Rußland ermordet“, *Vorwärts* Nr. 205 vom 3. 5. 1930; „Ein Opfer der Tscheka?“, LVZ Nr. 141 vom 20. 6. 1930.

Unter diesen Umständen erstaunt es wenig, daß das deutsch-sowjetische Kommuniqué vom 13. Juni, in dem die Ausräumung der wesentlichen in der Krise von 1929/30 entstandenen Gegensätze und die Fortsetzung der gegenseitigen Beziehungen im Geiste des Rapallo-Vertrages erklärt wurde, auf die SPD im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien keinen positiven Eindruck machte¹⁴⁶. Der *Vorwärts* kritisierte insbesondere die vage gehaltene Nichteinmischungsformel und verwies darauf, daß die englische Labour-Regierung bei der Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion 1929 eine konsequentere Regelung durchgesetzt habe. Über das deutsch-sowjetische Kommuniqué würden dagegen „in Moskau die Hühner lachen“¹⁴⁷.

¹⁴⁶ Der Text in ADAP, Serie B, Bd. 15: 1. Mai bis 30. September 1930. Göttingen 1980. Zur Entstehung und Wirkung Dyck, Weimar Germany, S. 202–207.

¹⁴⁷ „Neuer Rückzug vor Moskau“, *Vorwärts* Nr. 273 vom 14. 6. 1930; vgl. auch: Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930. Berlin 1931. [Reprint Berlin usw. 1976], S. 37.